

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 7.

Donnerstag, den 9. Januar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Parlamentarismus.

Jene Wirrköpfe, die sich — in Deutschland glücklicherweise ohne nennenswerten Erfolg — in den „anarcho-sozialistischen revolutionären Gewerkschaften“ durch Zerplitterung der Arbeiterklasse um die Schwächung des proletarischen Klassenkampfes bemühen, haben eine Broschüre über die Ohnmacht der Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage herausgegeben. Eine närrische Schrift! Sie schafft sich ein Phantom mit der Absicht, es als sozialdemokratische Verschwärzung auszurufen und zu vernichten. Doch dazu kommt es gar nicht, denn die Broschüre verfehlt sich gleich durch den ersten Satz ihres Vorwortes selbst den Todesstoß: „Diese Arbeit . . . soll nicht die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage zergliedern und Geheße, die unter ihrer Mitwirkung zustande kamen, auf ihren Wertinhalt für das Proletariat und für die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zum Sozialismus untersuchen.“ Also, es soll nicht sachlich untersucht werden von welcher Bedeutung die errungenen parlamentarischen Erfolge für die Arbeiterklasse sind. Man schiebt die für den besonderen Zweck höchst unbequemen Resultate der sozialdemokratischen Arbeit im Reichstage einfach beiseite. Man prüft nicht die Wirkung des Parlamentarismus auf den proletarischen Klassenkampf. Man sucht sich einige passend erscheinende Stellen aus 23 Berichten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion heraus, um zu dem von vornherein gewollten Schluß zu kommen: „Die Ohnmacht der parlamentierenden Sozialdemokratie ist mit Stellen aus den Fraktionsberichten nachgewiesen und belegt worden.“ Nur auf diesem gekennzeichneten ungewöhnlichen Wege kann der Verfasser der genannten Schrift dazu kommen, daß er der Sozialdemokratie unterstellt: „Die Arbeiter werden in dem Glauben erhalten, die beiden Gesellschaftsklassen: Besitzende und Besitzlose könnten im Parlament einen gemeinsamen Boden finden, von dem aus sie die Klassengegensätze soweit überbrücken, daß gemeinsame Beschlüsse über das Wohl der Gesellschaft auch die Interessen des zum Sozialismus strebenden Proletariats fördern müssen. Diese verkehrte Auffassung führt zu Harmoniebestrebungen, die Lohnarbeiterschaft mit dem Kapitalismus auszulöhnen.“

Geben wir ruhig zu, daß es in unserer Millionenpartei auch Mitglieder gibt, die solchen Utopien huldigen. Es kommt doch aber darauf an, wie sich die Sozialdemokratie offiziell zum Parlamentarismus stellt und wie sich ihre Abgeordneten in den Parlamenten betätigen. Die Richtlinien werden unseren Parlamentariern von dem fast einmütigen Mehrheitswillen unserer Partei vorgezeichnet; sie stehen dauernd unter Parteikontrolle. Sie haben alle gesetzgeberischen Fragen daraufhin zu prüfen, ob und in welcher Weise sie dem proletarischen Klassenkampfe nützen. Der Klassenkampf dient dem allgemeinen Fortschritt und damit der Allgemeinheit. Daraus folgt, daß alles, was den Klassenkampf befördert, auch segensreich für die Allgemeinheit ist. Das Proletariat ist das Volk. Die wenigen Herrschenden haben ihre ungezählten volkschädigenden Interessen. Wer die ungezählten Schaffenden zu höheren Kulturstufen führt, dient der Menschheit. Und die Sozialdemokratie erfüllt diese Aufgabe auch als parlamentierende politische Partei.

Unsere Stellung zum Parlamentarismus im Klassenstaate ergibt sich naturgemäß aus unserer Stellung zum Klassenstaate selbst. Der Parlamentarismus ist nichts Absolutes, nichts ewig Bestehendes; er ist, wie der Klassenstaat, ein Produkt der jeweiligen politischen Machtverhältnisse und muß sich den Änderungen dieser Machtverhältnisse anpassen. Wir benutzen den Parlamentarismus nicht als Mittel zur Verhütung der sozialen Revolution, sondern als Mittel zur Herbeiführung der sozialen Revolution! Indem wir in die verfallenen kapitalistischen Parlamente eindringen, machen wir den Gegnern die Waffe ihres Parlamentarismus stumpf. Wir bekämpfen den kapitalistischen Parlamentarismus, weil er selbst der Revolution bedarf, beschleunigen seinen Untergang, um endlich die sozialistische Demokratie zum Siege zu führen.

Der Parlamentarismus ist uns zunächst wertvoll durch die Wahlkämpfe, die er mit sich bringt. In Wahlzeiten erregen aktuelle politische Fragen mehr als sonst die allgemeine Aufmerksamkeit. In den Wählerversammlungen erscheinen sonst politisch abtrotzte Leute. Dadurch erhalten wir günstigere Gelegenheiten, für unsere Partei Propaganda zu machen. Wir müssen aber die Gelegenheit nicht nur dazu benutzen, die zeitgemäßen politischen Fragen zu erörtern und Wähler für uns zu gewinnen, sondern wir müssen vor allen Dingen unsere Grundzüge, Forderungen und Ziele als Klassenkampf-

partei verkünden und Klassenkämpfer werben. Die Stärkung unserer Organisation soll nicht beiläufig betrieben, sie muß in den Vordergrund des Wahlkampfes gestellt werden. Zu dieser Arbeit brauchen wir keine für Augenblicksinteressen zurechtgemachte sogenannte Wahlprogramme, es genügt vollauf unser Erfurter Programm. Sein Inhalt ist umfassend und erschöpfend genug für schlechtweg alle Fragen, die das Proletariat angehen. Was in den besonderen Wahlprogrammen außer unseren schon im Erfurter Programm niedergelegten grundsätzlichen Forderungen enthalten ist, kann den Wählern sehr gut in Reden, Artikeln und Flugblättern mitgeteilt werden. Besondere Programme für Wahlen erwecken leicht die Meinung, als wären die Wahlen Selbstzweck und nicht Mittel zum Zweck. Gar schlimm ist es aber, wenn in Wahlprogrammen unsere klaren und entschiedenen Forderungen aus dem Erfurter Programm, mit Rücksicht auf bestimmte Wählerkreise, verwässert erscheinen. Wir müssen unter allen Umständen und ohne die geringste Einschränkung auch während einer Wahlbewegung rücksichtslos und unverhüllt den schärfsten Klassenkampf vertreten. Ob dadurch etwaige indifferente oder bürgerliche Mittläufer von uns abgestoßen werden oder nicht, ist uns sehr gleichgültig. Wahlkreise, die wir nur geholt haben, weil Mittläufer für uns stimmten, haben wir nie wirklich besessen und gehen beim ersten ernsten Kampfe wieder verloren. Unsere Macht und Stofkraft wurzelt nicht im flüchtigen Sande verärgelter Bierbankpolitiker, sie stützen sich auf Sozialdemokraten, die durch das eiserne Band der Organisation zusammengeschmiebet sind. Was sollten wir mit solchen politischen Rindsköpfen anfangen, die diesmal rot wählen, weil sie sich mit ihrem Gemeindevorsteher gegankt haben, um das nächstemal blau zu wählen, weil es im Kriegerverein Freibier gegeben hat. Alle Mittläufer geben wir hin, für einen überzeugten Sozialdemokraten!

Ist der Wahltag vorüber, dann darf nicht nur mit halber Kraft weiter agitiert und organisiert werden. Wir müssen beweisen, daß wir dauernd — nicht nur in Wahlzeiten — im Kampfe stehen. Wenn wir dauernd für unser Endziel arbeiten, dann brauchen wir nicht vor den Wahlen ganz besonders große Anstrengungen machen, dann sind die Massen laufend unterrichtet und ständig schlagfertig für alle Kämpfe. Tun wir so unsere Pflicht und Schuldigkeit, dann kann sich in unseren Reihen niemals eine falsche Auffassung über unsere Stellung zum Parlamentarismus einnisten. Gewiß tauchen in unserer Partei Gefahren wie die geschilderten auf. Dadurch kommen wir aber nicht zu dem anarcho-sozialistischen Schlusse: Fort mit dem Parlamentarismus, sondern wir überwinden die Gefahren, wir halten die Augen offen und merken alles aus, was den sozialdemokratischen Parlamentarismus verbürgerlichen und für unsere Zwecke unbrauchbar machen könnte.

Nun unsere Tätigkeit im Parlament. Welchen Zweck hat sie, was wollen wir erreichen? Alle errungenen Reformen fördern unseren Klassenkampf, bereiten die soziale Revolution vor, beschleunigen den Zusammenbruch des kapitalistischen Staates und schaffen Vorbedingungen für die sozialistische Gesellschaft. Genosse Kautsky sagt das in seiner Schrift über die soziale Revolution treffend in folgenden Sätzen zusammen: „Aber auch die praktischen Errungenschaften, die durch die Demokratie und die Anwendung ihrer Freiheiten und Rechte gewonnen werden können, dürfen nicht unterschätzt werden. Sie sind zwar viel zu geringfügig, um die Herrschaft des Sozialismus einzuengen und sein unmerkliches Hineinwachsen in den Sozialismus zu bewirken, aber die kleinste Reform oder Organisation kann von größter Bedeutung werden für die physische und geistige Wiedergeburt des Proletariats, das ohne sie, dem Kapitalismus schutzlos preisgegeben, längst im Elend verkommen wäre, mit dem er es unaufhörlich bedroht. Aber nicht nur zur Erhebung des Proletariats aus dem Elend ist die Tätigkeit proletarischer Vertreter in Parlamenten und Gemeindevertretungen und die Wirksamkeit von proletarischen Organisationen unentbehrlich, sondern auch zur wachsenden praktischen Vertrautheit des Proletariats mit den Aufgaben und Mitteln staatlicher und kommunaler Verwaltung und wirtschaftlicher Großbetriebe, also zur Erlangung jener geistigen Reife, deren das Proletariat bedarf, soll es einmal die Bourgeoisie als herrschende Klasse ablösen. Die Demokratie ist also unentbehrlich als Mittel, das Proletariat für die soziale Revolution reif zu machen. Demokratie ist für das Proletariat, was Luft und Licht für den Organismus, ohne sie kann es nicht seine Kräfte entfalten.“

Außerdem ist die Parlamentarische eine vorzügliche Stelle, von der aus wir unsere Lehren verkünden können. Und die bürgerliche Gesetzesmacherei gibt uns prächtige Gelegenheit, das innerste Wesen des Klassenstaates in augenfälliger Weise aufzudecken.

Wie wir den Klassenstaat bekämpfen, so bekämpfen wir seinen Parlamentarismus. Im Erfurter Programm fordern wir: Direkte Gesetzgebung durch das Volk! Die Parlamente sollen nicht mehr gesetzgebend, sondern vor-schlagende, beratende Organe sein. Das Volk soll Vorschlagsrecht und Abstimmungsrecht — Initiative und Referendum — erhalten. Bevor wir dieses Ziel erreichen können, muß die kapitalistische Demokratie gefallen sein, gefallen durch unsere zielklare Arbeit unter Mitbenutzung unserer Waffe des Parlamentarismus. Wir benutzen in unserem Klassenkampfe alle uns zu Gebote stehenden Waffen: Organisation, Presse, Demonstration, Massenstreik, Parlamentarismus usw. Wir haben nicht die geringste Ursache, auf eine unserer Waffen zu verzichten. Wir haben nur darauf zu achten, daß sie alle scharf bleiben und daß sie nicht zum Fetisch werden. Ebenjowenig wie unsere Partei es dulden könnte, daß unsere Organisation, unsere Presse, Demonstrationen und andere Aktionen sich im kapitalistischen Sinne betätigen, ebenjowenig könnte sie dulden, daß der Parlamentarismus als Zweck, statt als Mittel angewendet werden würde.

„Proletarische Revolutionen“, so Marx in seinem achtzehnten Brumaire, „kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnern grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbarmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihre Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde jauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrechte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Sic Rhodus, sic salta!“ Und dem fügt die Genossin Luxemburg in ihrer Schrift Sozialreform oder Revolution? sehr richtig hinzu: „Dies ist wahr geblieben, auch nachdem die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus aufgebaut worden ist. Die proletarische Bewegung ist damit noch nicht auf einmal, auch in Deutschland nicht, sozialdemokratisch geworden, sie wird sozialdemokratisch mit jedem Tage, sie wird es auch während und indem sie fortwährend die extremen Seitenprünge ins Anarchistische und ins Opportunistische überwindet, beides nur Bewegungsmomente der als Prozeß aufgefaßten Sozialdemokratie“.

Politische Rundschau

Deutschland.

Nach den Ferien.

Die sozialdemokratische Interpellation über den Wagenmangel ist noch vor Weihnachten von einer Sitzung zur andern auf der Tagesordnung weiter geschleppt worden, bis schließlich am Todestage des bayerischen Prinzregenten die ganze Tagesordnung auf den Januar verschoben wurde. So konnte es kommen, daß gestern erst der Reichstag über eine Angelegenheit verhandelte, die ihre aktuelle Bedeutung bereits verloren hat. Diese verpatete Behandlung ist aber trotzdem keineswegs überflüssig gewesen; denn wenn auch der Ubelstand inzwischen seine Schärfe eingebüßt hat — er bleibt doch im Grunde bestehen, da seine tiefere Ursache, die fehlerhafte und unvollkommene Organisation der Eisenbahnverwaltung, bestehen bleibt. Man weiß: in jedem Augenblick kann die latent vorhandene Krankheit wieder ausbrechen.

Es wäre deshalb nicht schlecht gewesen, wenn das Haus seine Teilnahme an den Verhandlungen etwas lebhafter bekundet hätte. Die Aufmerksamkeit war gering, und die Redner aller Fraktionen hatten nur einer gewissen Unruhe der nicht eben zahlreichen Hörer, wenn man von „hören“ überhaupt noch sprechen darf, zu kämpfen. Das aktuelle Interesse fehlt.

Unser Genosse König, der die Begründung der Interpellation übernommen hatte, konnte sich trotz der Schwierigkeit des Gegenstandes und der äußeren Umstände durchsetzen. Seine vorzügliche Kenntnis des Materials kam ihm dabei sehr zu statten. Mit ruhiger Bestimmtheit trug er die gutgeordneten Tatsachen vor, und zog aus ihnen allgemeine Schlüsse auf den Charakter und die Qualität der preussischen Eisenbahnverwaltung. Er sprach dabei besonders die Wirkung der Verkehrska- lamität auf die Arbeiterverhältnisse und forderte aus diesem Anlaß auch eine Entschädigung für die Bergleute, deren Lohnverlust außerordentlich ins Gewicht falle. Darüber hinaus zeichnete er die Grundzüge einer weitreichenden Verkehrspolitik, wie sie in Preußen nicht betrieben wird.

Die Regierung machte sich die Antwort überaus leicht. Der Präsident des Reichseisenbahnamtes sagte etwa: der preussische Eisenbahnminister ist nicht hier, weil den Reichstag die preussische Seite der Frage nicht interessiert; und das Reichseisenbahnamt hat sich nichts vorzuwerfen.

Das war der wesentliche Inhalt seiner Erwiderung, die im übrigen natürlich alles Schwarze in Rosa malte.

Die Herren Dr. Bell vom Zentrum und Schwabach von der nationalliberalen Partei redeten längere Zeit um die Sache herum, wobei der Zentrumsredner noch besonders das Dreiklassenhaus gegen die allzu gerechten Angriffe unseres Redners in Schutz nahm. Unter starker Betonung der agrarischen Interessen sprach dann Graf Kanitz. Der Fortschrittler Dove dagegen entwickelte mit guten Gründen die Forderung nach einem Reichseisenbahngesetz, das die Rechte des Reichseisenbahnaufes endlich klarstellen soll.

Nach einigen Bemerkungen des Polen Sojinski über die Zustände in Oberschlesien wurde die weitere Debatte auf Donnerstag vertagt. Von unserer Seite soll noch Genosse Dittmann sprechen. Im übrigen steht die Tagesordnung die erste Lesung der Gesekentwürfe über die Konkurrenzklausele und die Jugendgerichte vor.

Parteitag der elsass-loth. Zentrumsparlei.

Hinter verschlossenen Türen versammelten sich am Dienstag in Straßburg die Mitglieder der elsass-lothringischen Partei, um ihre Generalversammlung abzuhalten, auf deren Ausfall man sehr gespannt sein konnte. Mit kühnen Worten zog man auf dem Parteitag gegen die elsass-lothringische Regierung, die sich nicht ganz als Hörige des Zentrums betrachtet fühlte. Das Regierungssystem, das sich in der Angst vor Berlin und in der Angst vor der alldeutschen Hege und dem evangelischen Volksempfinden äußere, müsse von der Partei in allen Instanzen zurückgewiesen werden. Trotz der Niederlage der Zentrumsmitglieder in der Budgetkommission in der Frage der Erhöhung der Geistlichengehälter werde man entgegen allen Beeinflussungsversuchen standhaft bleiben.

Auf dem Parteitag wurde ferner noch beschlossen, ein Parteisekretariat für Elsass-Lothringen zu schaffen, dem im ersten Jahre von der Organisation 5000 Mk. zugestimmt werden sollen.

Reformen, von denen man nichts merkt.

Die auf dem sozialdemokratischen Preußentag ausgesprochene Vermutung, daß die Immediatkommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform positive Ergebnisse nicht geliefert habe, hat eine amtliche Stelle in Bewegung gesetzt, um zu versichern, daß diese Vermutung unzutreffend sei. Es wird erklärt:

„Abgesehen davon, daß bereits einige derjenigen Fragen, die der genannten Kommission zur Begutachtung vorgelegt sind, Gegenstand gesetzgeberischer Vorarbeiten geworden sind, wie die Hinterlegungsordnung und einige kleinere Gesetzesentwürfe, so liegt eine ganze Reihe von Gutachten dieser Kommission über wichtige Fragen der Organisation der Behörde, der Schul- und Kommunalverwaltung, des Instanzen- und Rechtsmittelzuges vor. Sie werden ferner die Unterlage für eine Reihe wichtiger Gesetzesentwürfe für den Landtag werden. Wenn dies zurecht nicht geschieht, so ist der wichtigste Grund dafür ausschließlich in der großen Fülle gesetzgeberischer Arbeiten zu suchen, die dem Landtag in dieser letzten Tagung der Legislaturperiode ohnehin schon obliegen.“

Die Immediatkommission arbeitet seit Jahr und Tag, und alles was bis jetzt zustande gekommen ist, ist eine Regelung der Hinterlegungsordnung. Der ganze Komplex der Landratsverwaltung ist noch völlig unberührt geblieben. Gerade auf diesem Gebiet hätte die Kommission mit ihren Reformvorschlügen eingreifen müssen; hier jedoch hat sie bisher vollkommen versagt. Deshalb wird die auf dem Preußentag ausgesprochene Vermutung durch die amtliche Erwiderung in keiner Weise entkräftet.

Staatsgefährlicher Beifall.

Die Volksschullehrer im Großherzogtum Hessen hielten am 2. Januar in Darmstadt eine Landesversammlung ab, die sich mit dem gegenwärtig dem Landtag vorliegenden Beamtenbesoldungs-Entwurf beschäftigte. Zu dieser Versammlung waren auch die Landtagsabgeordneten eingeladen. Sämtliche Fraktionen des Landtages waren der Einladung gefolgt und hatten Vertretungen entsandt um ihre Genehmigung kund zu tun, den Wünschen der Lehrer gerecht zu werden. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Abg. Bursch die Zustimmung mit den folgenden Forderungen. Die Ausführungen sämtlicher Parteimitglieder wurden von den Lehrern mit Genugtuung aufgenommen, nach den Ausführungen des Genossen Bursch bezieht sich der Bericht: „Starker Beifall.“ Dieser starke Beifall der Lehrer hat nachträglich die „ernstlichen Bedenken“ des nationalliberalen „Darmstädter Tagblatts“ und „Anzeigers“, des Organs des Abgeordneten Dr. Dillmann, erregt. Das Blatt schreibt:

Wir bedauern den, dem sozialdemokratischen Redner geleisteten Beifall auch im staatlichen Interesse auf das lebhafteste, denn die Tendenzen der Partei haben den beifälligen Teil der Versammlung abhalten müssen, auch nur durch Zustimmungskundgebungen den Wünschen hervorzurufen, daß dieser Teil der Beschlüsse der Sozialdemokratie nicht abgelehnt ist.

Die Lehrer haben also durch ihren Beifall die staatlichen Interessen des Großherzogtums gefährdet. Es ist nicht anzunehmen, daß die Nationalliberalen durch diese Beifallsbekundungen der Lehrer in ihrem an sich nicht fest begründeten Wohlwollen für diese katastrophalen Forderungen. Die Nationalliberalen verlangen als Gegenleistung für ihre Lehrer- und Beamtenvermehrung eben „gute Stimmung“; wie kürzlich im Landtag ein ultramontaner Redner sein Entzücken über die Lehrerfrage von dem religiösen Wohlverhalten derselben abhängig machte.

Eine neue Militär-Vorlage.

Die freikonserervative „Post“ ist in der Lage, durch eine Mitteilung in ihrer Ausgabe vom Mittwochabend einen Feuerlandsturzenden einen größeren Stein der Sorge vom Herzen zu nehmen, indem sie von „höher militärischer Seite“ folgendes erzählt:

Eine neue Militär-Vorlage wird in nächster Zeit, voraussichtlich noch im Monat Januar, dem Reichstage vorgelegt werden. Sie ist bestimmt, alle Lücken auszufüllen, die die letzte Militär-Vorlage noch hat bestehen lassen. Vor allen Dingen wird die Stärke der Kampf-

nicht so bedeutend erhöht werden, daß sie allen Anforderungen gewachsen ist und eine vorzügliche Ausbildung der Leute gewährleistet wird. Außerdem werden die fehlenden dritten Bataillone nachgefordert, die Kavalleriedivisionen schon im Frieden aufgestellt und die Ersatzreserve wie früher zu einer Ausbildung mit der Waffe einberufen. Die bereits bei einigen Armeekorps bestehenden, über die normale Zahl hinausgehenden Brigaden und Regimenter sollen zu einem neuen Armeekorps zusammengefaßt werden. Auch den Wünschen der Artillerie nach höherer Bespannung usw. wird durchaus Rechnung getragen werden.

Im Reichstage war bis Mittwochabend von einer Militär-Vorlage noch nichts bekannt. Es ist möglich, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist und daß die Interessenten einer Militär-Vorlage die zuständigen Militärstellen nur zu einer Antwort provozieren wollen.

Hierzu Telegraphenbureau teilt mit, daß es an zuständiger Stelle im Kriegsministerium erfahren habe, die Meldung der „Post“ entbehre jeder Unterlage.

Das preussische Abgeordnetenhaus

Ist am Mittwoch, zugleich mit dem Reichstage wieder zusammengetreten. Die erste Sitzung nach den Weihnachtstagen ist, wie üblich, dem Finanzminister eingeräumt, der in großer und übersichtlicher, allerdings sehr trockener Form den Etat einbrachte. Seine Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Kein Wunder! Konnte er doch ein erfreuliches Bild von einer geradezu glänzenden Finanzlage Preußens geben. Die Jahre 1911 und 1912 haben, obwohl die Regierung mit Defiziten rechnete, hohe Ueberschüsse gebracht und auch das neue Jahr ist ein recht günstiges. Ausgaben und Einnahmen halten seit langer Zeit wieder einmal das Gleichgewicht. Es ist keine Anleihe zur Deckung eines etwaigen Fehlbetrages erforderlich. Widerspruch begegnete der Minister nur an zwei Stellen seiner Rede, einmal als er ankündigte, daß die Unterbeamten trotz der Teuerungverhältnisse keine Zulage erhalten sollen und zweitens, als er die freilich nicht überraschende Mitteilung machte, daß die Regierung an die Aufhebung der Steuerzuschläge nicht denke. Unterbeamte sollen sich seiner Meinung nach genau so wie alle andere Staatsbürger mit den Teuerungsverhältnissen abfinden. Das einzige, was die Regierung zu tun bereit ist, ist die Erhöhung der Fonds zur Unterstützung von Beamten; eine Maßnahme, die darauf hinausläuft, daß die Beamten statt Bezahlung ihrer Arbeit Prämien für gute Leistung bekommen. Hierüber wird ja wohl bei der Etatsberatung, deren erste Lesung am Sonnabend beginnt, noch ein erstes Wort zu reden sein. Charakteristisch ist, daß die Regierung, obwohl sie ohne Not die Steuerzuschläge beibehalten will, auf der anderen Seite das Geld mit vollen Händen hinauswirft, beantragt sie doch eine Erhöhung des Fonds zur Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung auf 2 1/2 Millionen Mark. Was über diese eines Polizeistaates würdige Maßnahme zu sagen ist, wird unser Etatsredner der Regierung am Sonnabend sagen.

Der Donnerstag und Freitag bleiben sittingsfrei, damit den Abgeordneten Gelegenheit zum Studium des Etats gegeben wird.

Preussische Noblesse.

Der Wagenmangel im Ruhrgebiet hat für die dortigen Eisenbahnbediensteten eine ungeheure Mehrarbeit gezeitigt, für die eine besondere Entschädigung bisher noch nicht gewährt worden ist. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ des Herrn Victor Schweinburg veründen nun mit großem Geschrei und mit heftigen Ausfällen gegen die sozialdemokratische Presse, daß den überanstrengten Eisenbahnern ihr Lohn nunmehr werden soll. Dem preussischen Landtag wird nämlich ein Nachtrags-etat zugehen, in dem nicht bloß 60 Millionen Mark für den Ausbau von Bahnhöfen, sondern auch 3 Millionen Mark für Beihilfen an Beamte wegen der hohen Preise der Lebensmittel und 700 000 Mark mit der Bestimmung, daß daraus dem bei der Bewältigung des überaus großen Verkehrs der letzten Monate stark angestregten Personals der Eisenbahnverwaltung Remunerationen gegeben werden sollen.

Bei den Beihilfen für die Beamten, pflegen die besser bezahlten Beamten in der Regel nicht leer auszugehen, so daß für die unteren Beamten meist nicht mehr viel übrig bleibt. Und vollends die 700 000 Mark für das Heer der unteren Beamten und Angestellten, die wochenlang auf das Schwerste angestrengt waren! Vielleicht ergibt sich die Möglichkeit, einmal festzustellen, was auf den Einzelnen entfällt, die preussische Noblesse würde dann gewiß im schönsten Glanze strahlen.

Der deflorierte Moralphilosoph.

In Bayern ist zum Neujahrsfest der Würzburger Theologiestudent Göpfert mit einem Orden defloriert worden. Es ist ja bei Staatsbeamten aller Art eine übliche Alterserscheinung, daß ein Piepmatz in Knopfloch geflogen kommt, auch wenn besondere Verdienste nicht aufzufinden sind. Bei Herrn Göpfert fehlt es aber an Verdiensten nicht, der Mann hat ein dreibändiges Werk über Moralphilosophie geschrieben. Das „Berliner Tageblatt“ hat aus diesem Werke ein paar besonders erbauliche Stellen herausgepickt. In der einen Stelle seines Werkes gibt der Herr Professor sehr eingehende Moralphilosophien über den Verkehr mit dem Teufel.

Es heißt da:

„Es ist verboten, dem Teufel neugierige Fragen vorzulegen, und es wäre eine schwere Sünde, sich mit dem Satan im Falle einer Besessenheit in ein längeres Gespräch einzulassen; dagegen ist es probabiler als lässliche Sünde, ihm nur die eine oder andere neugierige Frage vorzulegen.“

Aber nicht nur für den Fall, daß der Mensch dem Teufel begegnet, weiß der Herr Professor gute Ratsschlüsse zu erteilen, auch wer in die nicht minder unangenehme Lage kommt, mit Zoll- oder Steuerbeamten zu tun zu haben, kann sich aus dem Suche des Herrn Göpfert Rat holen. Er erzählt da unter anderem:

Dagegen kann man es nicht als ungerechtes (wenn auch unerlaubtes) Mittel ansehen, wenn jemand, um der Steuer oder dem Zoll zu entgehen, Mangel an Zeit vorjuckt, ernstlich behauptet oder

beschwört, er habe nichts Steuerpflichtiges, oder wenn er auf Fragen sagt, man habe nichts zu deklarieren; es liegt auch keine Ungerechtigkeit vor, wenn der Steuerbeamte die fehlende Summe ersuchen möchte; denn das hat er seiner eigenen Nachlässigkeit und Leichtgläubigkeit zuzuschreiben.“

Also auf einen kleinen Meineid kommts so sehr nicht an, wenn man sich nur dem Teufel gegenüber richtig zu benehmen versteht.

Wahrlich, ein Mann, der in solch hervorragender Weise für die Hebung der Volksmoral tätig ist, der muß einen Orden haben.

Schweiz.

Die Epidemie der Flugspenden. Die schweizerische Presse veröffentlicht einen Aufruf zugunsten einer nationalen Sammlung, die den Zweck verfolgt, dem Bund die nötigen Mittel für eine schweizerische Militär-Motivität zu verschaffen. Da der Bund und das Militärbudget im besonderen bereits stark belastet seien, so wird nun an den Patriotismus des Volkes appelliert, um durch private Spenden die erforderlichen Mittel aufzubringen. Die Anregung dazu ging von der schweizerischen Offiziersgesellschaft aus; bereits haben sich in den Kantonen Komitees zur Organisation der Sammlung gebildet. Sobald die Mittel vorhanden sind, wird das Militärdepartement die nötigen Vorbereitungen zur Schaffung eines ersten Fliegerabteilung treffen. Der Aufruf ist unterzeichnet von Bundesrat A. Hoffmann, dem Chef des Militärdepartements, von sämtlichen Armeekorpskommandanten und Divisionskommandanten, von den hervorragendsten Mitgliedern der Bundesversammlung sowie von den Präsidenten zahlreicher schweizerischer Verbände und Gesellschaften, die teils militärischen, teils zivilen Charakter tragen. — Man sieht, das Arrangement der großen Militärabteilung ist genau nach „berühmten Mustern“ getroffen und die „Gründe“ sind auch dieselben.

Balkan.

Zu den Friedensverhandlungen. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß während der bevorstehenden Verhandlungen zwischen den dortigen Botchaftern und dem Minister des Äußern folgender Vermittlungsvorschlag zur Erörterung gelangen soll: Auf dem durch Schließung der Festungswerke von Adrianopel frei werdenden Grund und Boden soll ein Stadtteil entstehen. Damit wäre die Möglichkeit der Schaffung zweier autonomer Stadtverwaltungen, einer türkischen und einer bulgarischen, geschaffen, die sich über gewisse gemeinsame Stadtangelegenheiten, insbesondere finanzieller Natur, zu verständigen hätten. Eine größere Anleihe wäre von der Türkei und Bulgarien gemeinsam aufzunehmen zur Deckung der Kosten für diesen Plan. — Wir halten diese Meldung für sehr unwahrscheinlich.

Die Besteuerung der neuen Landesteile scheint den serbischen Regierungskreisen ziemliches Kopfzerbrechen zu bereiten. Anfänglich hieß es, daß Neuseerbien während der ersten Jahre überhaupt von Steuern befreit bleiben solle, denn da die Abgaben in Serbien notorisch ungeheuer hoch und die neugewonnenen Mitbürger blutarm sind, so fürchtete man mit Recht, durch Einführung des serbischen Steuersystems einen abschreckenden Eindruck bei ihnen hervorzurufen. Nach längerer Ueberlegung erließ endlich der Ministerrat eine Bestimmung, wonach es mit der Steuern so wie bisher unter der türkischen Verwaltung gehalten werden solle, und vom serbischen Finanzministerium wurde ein Fachmann nach Neuseerbien geschickt, am dort die Steuerämter und alles sonst zur Steuerhebung Nötige zu organisieren. Dieser Fachmann gelangte aber bei allseitiger Prüfung der Frage an Ort und Stelle zu dem Ergebnis, daß die Regierkosten größer sein würden als das ganze Steuererträgnis, denn das türkische Steuersystem ist primitiv und fordert wegen seiner Schwerfälligkeit einen unverhältnismäßig großen Beamtenapparat. So ist man denn wieder zu der ursprünglichen Idee zurückgekommen, vorläufig gar keine Steuern zu erheben bis auf den Zeitpunkt und auch diesen nur von den verpachteten Grundstücken.

Meutereien an der Tschataldcha-Grenze? Aus Tschataldcha wird gemeldet, daß bulgarische Soldaten in der Nähe von Derkos vor Hunger meuterten. Sie kamen nach Derkos und verlangten Essen. Die türkischen Offiziere glaubten, sie seien Waposten und wollten sie zurückschlagen. Die Bulgaren erklärten, sie möchten sich ergeben, um Essen zu bekommen. Die türkischen Offiziere antworteten, während des Wapostenstillstandes machten sie keine Gefangenen und gaben ihnen Brot, worauf die Bulgaren in ihre Stellungen zurückkehrten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 9. Januar.

Zur Aussperrung der Fischdampfermannschaften an der Unterweser. Für das Maschinenpersonal sind die Fischdampfer in Geestemünde, Bremerhaven und Nordenham gesperrt. Jeder übe Solidarität!

Wünsche der lübischen Staatsarbeiter. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses legte der Vorsitzende eine von den Arbeiterausschüssen der Tiefbau- und Wasserbauteilungen im Dezember vor. Jahres an den Bürgerausschuss und die Baudeputation gerichtete und den Mitgliedern des Bürgerausschusses im Abdruck zugesandte Eingabe vor, in welcher um eine wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung folgender Wünsche gebeten werde: 1. Aus Anlaß der allseitig anerkannten Teuerung werden die Löhne der städtischen Arbeiter pro Stunde um 2 Pfg. erhöht. 2. Die Löhne werden im Winter wie im Sommer in gleicher Höhe gezahlt. 3. In Krankheitsfällen wird den städtischen Arbeitern der Differenzbetrag zwischen Lohn- und Krankengeld auf die Dauer der Krankentafelentleistung gewährt. 4. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich, und zwar Freitags. Auf Antrag von Hoff, der erklärte, mit dieser Eingabe einen Antrag verbinden zu wollen, wurde die Besprechung der Eingabe auf die nächste ordentliche Versammlung vertagt.

Die Kommission zur Vorprüfung des Staatsvoranschlags für 1913 wurde gestern vom Bürgerausschuss gewählt. In dieselbe wurde entsandt: Dampfer, v. Schack, Dr. E. Meyer, Klein, G. Eichenburg, Dr. Jhde und Boie. Genosse Hoff ist erster Ersatzmann.

Der Bürgerausschuß erteilte gestern folgenden Senatsanträge seine Mitgenehmigung: Bewilligung von 1260 Mk. zur Beschaffung neuer Schulbänke für die Bezirksschule in Ruffe; Verkauf eines Areal in Behlendorf an den Mühlenbesitzer Ottmann daselbst (450 Quadratmeter à 0,10 Mark pro Quadratmeter); Errichtung einer Badeanstalt am Travestraße bei Gohmund (1250 Mk.); Vorschritt der offenen Bauweise für Wege und Wegegebiete im Aufstellungsgebiet von Rühn; Errichtung eines Zollabfertigungshäuschens auf der Viehrampe des Schlachthofes, 550 Mk. und Instandsetzung von Räumen im Hause Parade 1 für das Stadt- und Landamt, wofür 4500 Mark erforderlich sind. Durch die Annahme des letzteren Antrages ist die Errichtung eines Schwimmbadhallenbades, für welche Zwecke das Grundstück Parabe 1 seinerzeit angekauft worden ist, in weite Ferne gerückt. Der Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung empfohlen wurde der Senatsantrag betreffend Bewilligung von 29 400 Mark für die Erneuerung der Mühlenbrücke, die sich nach Untersuchung der Baudeputation in einem schlechten Zustande befindet. Zur Deckung der Kosten der im Sommer 1912 durch Hagelschlag verursachten Schäden an staatlichen Gebäuden fordert der Senat 9032,26 Mk., deren Mitgenehmigung durch die Bürgerausschuß empfiehlt. Ebenfalls gutachtlich befürwortet wurden die Senatsanträge betr. Herstellung einer Weisverbindung nach dem Grundstück der Firma Stanz u. Emailwerk vorm. Carl Thiel & Söhne; Erlass eines Nachtrages zur Bauordnung für die Landbezirke vom 3. August 1867; Herstellung von Radfahrwegen im Jahre 1913. In eine fünfgliedrige Kommission verwiesen wurde ein Senatsantrag betr. die weitere Ausgestaltung des Stadtparkes. Die Baudeputation fordert, ihr für Aus- und Umpflanzungen von Bäumen und Veränderungen an den Wegen im Stadtpark, für die Erweiterung der dortigen Wasserflächen, für Veränderungen des Baumbestandes an den den Park umschließenden Wegen, endlich für die Entfernung zweier im Park vorhandenen Holzbrücken und deren Ersatz durch Eisenbetonbrücken 8500 Mark zur Verfügung zu stellen, und zwar so, daß der erste Teilbetrag von 1350 Mark schon jetzt bereit gestellt werde, damit mit den Arbeiten sofort begonnen werden könne, die zweite Rate in Höhe von 5330 Mk., wovon 3180 Mk. für die Erneuerung der beiden Brücken erforderlich und bestimmt sind, in den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1913 und der Restbetrag von 1820 Mk. in den für das Rechnungsjahr 1914 eingestellt werde. Der Senat ist jedoch der Meinung, daß die Erweiterung der Wasserflächen im Stadtpark nicht notwendig ist, und hat das auch in seinem Antrag zum Ausdruck gebracht.

Wofür wir Geld haben. Der Bürgerausschuß bewilligte in seiner gestrigen Sitzung 2500 Mk. zur Aussetzung eines Preises für das Werberennen auf dem Brwall. Sollte es wirklich keine Möglichkeit geben, Steuergeldern besser anzukommen?

An die Bauarbeiterschaft von Lübeck und Umgegend! Die Agitationsleitung des „Deutschen Glaser-Verbandes“ sieht sich veranlaßt, an die gesamte Bauarbeiterschaft die Bitte zu richten, uns in unseren Organisationsbestrebungen dadurch zu unterstützen, daß sie sich von allen auf Bauten beschäftigten Glasern die eingeführte Kontrollkarte vorweisen läßt. Da die Organisationsarbeit für den Verband der Glaser, bedingt durch die einzelne Arbeitsweise und den ständigen Wechsel der Arbeitsstelle, eine sehr schwierige ist, hoffen wir, daß die gesamte Bauarbeiterschaft unserer Bitte nachkommt und Glaser, welche die grüne Karte nicht vorweisen können, an ihre Berufsorganisation verweist. Jeder organisierte Glaser muß im Besitz dieser abgestempelten Kontrollkarte sein. Die Agitationsleitung des Deutschen Glaser-Verbandes.

Die Errichtung eines neuen Dienstgebäudes für das Staatsarchiv beschäftigte gestern den Bürgerausschuß. Der Senat hatte beantragt, daß auf dem an der Johannisstraße unterhalb des St. Johannis-Jungfrauenklosters gelegenen, im Staatsbesitz befindlichen Platze ein neues Dienstgebäude für das Staatsarchiv nach Maßgabe der vorgelegten Pläne sowie des Kostenanschlages des Baudirektors Balzer vom 8. November 1912 errichtet werde und daß die hierzu erforderlichen Mittel in Höhe von 235 700 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, auf Anleihemittel angewiesen werden. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages durch die Bürgerausschuß.

Das Gewerbegericht wies am Mittwoch die Klage der Frau Sch., die sie gegen den Kantineninhaber M. in Herrenhof angestrengt hatte, ab. Sie war als Wamsell angestellt, hatte Ende Oktober mit der Frau des Beklagten eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf die Klägerin äußerte: „Ich kann also gehen.“ „Gut, gehen Sie“ erwiderte Frau M. Danach wäre ihre 14tägige Kündigung am 12. November abgelaufen gewesen. Sie blieb jedoch ohne Widerspruch länger und glaubte, die Kündigung sei hinsichtlich zurückgenommen worden. Das war nach Aussage des Beklagten nicht der Fall, Frau Sch. wurde nur vorderhand im Betrieb noch gebildet, bis am 26. November ihre Entlassung erfolgte. Nun fordert sie für 14 Tage je 2 Mk. Lohn und legt ferner

für die Beföstigung täglich eine Mark an. Die Klägerin hatte drei Zeuginnen kommen lassen, die jedoch von der ganzen Angelegenheit damals nur Kenntnis von ihr selber hatten, bei der Unterredung zwischen Frau M. und der Klägerin aber nicht zugegen gewesen waren. Deren Erscheinen vor Gericht war also völlig zwecklos. Da Frau Sch. selbst äußerte, sie wolle gehen, konnte sie nach dem Urteil des Gerichts froh sein, daß sie nicht eher weggeschickt wurde. Der Klägerin wurden die Kosten auferlegt.

Berichtigung. In unserem gestrigen Bericht über die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins heißt es, daß das Geschäftsjahr der Partei am 30. April enden soll. Beschlossen ist jedoch, daß der Schluß des Geschäftsjahres am 31. März eintritt.

Der Besuch des Stadttheaters ist im Dezember wieder gegen den gleichen Monat des Vorjahres zurückgegangen. Das Stadttheater wurde im Dezember 1912 an 30 Abenden von 15 831 Personen besucht, also durchschnittlich von 528 gegen 546 im Dezember 1911. Der größte Besuch war am 1. Dezember mit 920 Personen („Wallenstein-Trilogie“), der kleinste Besuch am 23. Dezember mit 254 Personen („Hänsel und Gretel“); an 14 Nachmittags-Vorstellungen von 10 149 Personen, also durchschnittlich von 725 Personen gegen 823 an 11 Nachmittags-Vorstellungen im Dezember 1911.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Medizinalamt im Monat Dezember in 69 Fällen gemeldet; davon betrafen 23 Fälle (davon 2 tödlich verlaufene) Diphtherie, 22 Scharlach, 18 (1 tödlich) Masern, 4 Typhus, 2 (beide tödlich) Wochenbettfieber.

Sandelsregister. Am 8. Januar 1913 ist eingetragen 1. bei der Firma G. Th. Damarh, Lübeck; jetziger Inhaber: B. A. Damarh, Kaufmann in Lübeck; 2. bei der Firma Aug. Brösch, Lübeck; jetzige Inhaberin: Witwe G. R. J. Brösch geb. Koch in Lübeck; 3. bei der Firma Martyn u. Co., Lübeck; Die Firma ist erloschen.

pb. Eigentumsvergehen. In der Zeit vom 3. bis 7. d. M. sind von einem Arbeiterwohnhaufe bei Streckniz etwa 10 Meter Dachrinne gestohlen. Davon hatten 3 Meter einen Durchmesser von 6 Ztm. und 7 Meter einen Durchmesser von 9 1/2 Ztm. — Am 8. d. Mts. sind aus einer Bodenstube eines an der Bedergarbe belegenen Hauses folgende Sachen gestohlen: 1 graugrüner Ulster, 1 dunkler grünlich schimmender Ulster, 1 blauer Jacketanzug, 1 schwarzer Rodanzug mit abgerundeten Ärmeln, 1 dunkle hellgestreifte Hose, 1 helle Weste und 1 Paar Schnürstiefel.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 8. d. Mts. ist vor einem an der Bahnhofstraße belegenen Restaurant ein ganz neues Fahrrad Marke „Möve“ mit schwarzem Gestell, gelben Felgen, roten Gummireifen, nach oben gebogener Lenkstange, Torpedofreilaufräder, Rücktrittbremse und einer neuen Karbidlaterne abhandergelommen und vermutlich gestohlen worden. Auf der Stellschraube der Lenkstange befinden sich die Buchstaben R. D.

pb. Verhafteter Betrüger. Ermittelt und festgenommen wurde ein Steuermann aus Harburg, der sich in hiesiger Stadt in mehreren Fällen des Betrugsversuchs schuldig gemacht hat, indem er an mehrere Personen Briefe schrieb, und sich durch unwahre Angaben Darlehen zu verschaffen suchte.

Die nationale Schweinejuche ist unter dem Schweinebestand des Gastwirts und Hühners Peemöller in Ruffe ausgebrochen.

Die Kindervorstellung des Arbeiterbildungsvereins, die gestern nachmittag im Stadttheater stattfand, war völlig ausverkauft. Und fröhliches Lachen begleitete die lustigen Streiche der beiden bösen Buben Max und Moritz. Auch das „Märchenbuch“ fand den lauten Jubel der kleinen Gäste.

Das vielbelächte Jugtkind „Sündenböcke“ wird morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, in der Stadthalle bei durchwegs halben Preisen in Szene gehen. Es ist hierdurch allen Kreisen Gelegenheit geboten, sich das ungelungene Stück in bester Darstellung anzusehen. Es dürfte sich jedoch empfehlen, Eintrittskarten im Vorverkauf zu besorgen. Heute, Donnerstag, wird der Schwank „Die Welt ohne Männer“ seine Premiere erleben.

Neues Stadttheater. Aus der Kanzlei wird uns geschrieben: Das Ende dieser Woche gibt noch einige besonders beachtenswerte Aufführungen. Zunächst am Freitag die hiesige Premiere von Drégelys glänzender Komödie „Der gute Freund“, worin der Verfasser in seiner witzigen Art zeigen will, daß es zum Erfolg und Ansehen im großen Leben am Ende nur auf bestimmte Neugierlichkeiten ankomme, wie er in einem Schneidergessell, der es zum Minister bringt, drastisch demonstriert. Sonnabend ist eine Wiederholung von Wagners „Die Meistersinger von Nürnberg“. Frau Helene Offenberg vom Stadttheater in Graz (früher Hamburg) wird in dieser Oper als Senta ein Gastspiel auf Engagement absolvieren. Ihren äußert zahlreichen kleinen und großen Freunden und Freundinnen stellen sich am Sonnabend nachmittag die beiden Buben „Max und Moritz“ noch einmal vor. Alle die lustigen Streiche mit ihrem

beraubenden Schluß und „Das große Märchenbuch“ als Zugabe für die gelobte Besserung werden wieder großen Jubel auslösen. Und da es sich diesmal um den Abschied der beiden handelt, ist wohl ein reger Besuch besonders angezeigt. Für Sonntag steht wieder Lehars jugkräftige Operette „Eva“ auf dem Spielplan. Wie dazu schon mitgeteilt wurde, ist es der Direktion gelungen, Gertrud Sewalt vom Operetten-Theater in Hamburg für ein zweites Gastspiel zu gewinnen. Ganz besonders aber sei noch einmal auf das einmalige Gastspiel der Hofopernsängerin Hedwig Francillo-Kauffmann vom Stadttheater in Hamburg als „Gilda“ am Montag, dem 13. Januar in „Rigoletti“ hingewiesen.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet am Freitag, dem 10. Januar, abends von 5 bis 8 Uhr im Lokale des Herrn Binkert, „Transtrasse“, statt.

Hamburg. Ein grausiger Fund wurde am Mittwoch im Bramfelder See gemacht. Man fand dort die Eingeweide und den Brustkorb eines Mannes. An dem unteren Teile des Brustkorbes konnte man noch die Spuren einer Säge entdecken. Daneben lagen zwei wildeberne, anscheinend von den Wörtern herrührende blutige Handschuhe und ein mit Blut besetztes Rasiermesser. An einem Baum am Steilshorperweg wurde noch ein blutiger Knäuel aufgefunden, in dem vermutlich die Leichenteile transportiert worden sind. Es wird nun angenommen, daß hier eine Mordtat vorliegt, die auf Hamburger Gebiet vollführt worden ist. Mehrere hiesige Kriminalbeamte haben sich sofort nach Meldung von dem Funde mit ihren Hunden an Ort und Stelle begeben, um den Fundort abzusuchen. — Großfeuer in einer Kistenfabrik. Mittwoch früh gegen 4 1/2 Uhr brach in der Exportkistenfabrik „Hamburger Holzwerke“ von Reinhold Freggang, bei der grünen Brücke Nr. 82/92, ein Feuer aus, das einen großen Teil der Fabrik zerstörte. Als das Feuer bemerkt wurde, stand von dem mit einer Front an der Bille liegenden Fabrikgewölbe, das aus zwei nebeneinander stehenden massiven vierstöckigen Speichern mit seitlich errichtetem Maschinen- und Kesselhaus besteht, das Kesselhaus, sowie der mit Brettern dichtbelagerte Hofplatz hinter den Speichern und einer dieser hohen Speicher in Flammen. Es hatte nur weniger Minuten bedurft, um das Feuer zu einer so großen Ausdehnung kommen zu lassen. So lange die Flammen das Dach des Speichers nicht durchbrochen hatten, konnte die Feuerwehr dem entsefelten Element nichts anhaben, da man an den eigentlichen Herd des Feuers, der sich im Innern des mit Holzern aller Art angefüllten Speichers befand, nicht gelangen konnte. Erst als die Flammen freie Bahn hatten und hell zum dämmernden Morgenhimmel schlugen, konnte man die Gewalt des Feuers brechen. Die Entstehung des Feuers hat sich bisher nicht erklären lassen. Man nimmt an, daß das Feuer vom Kesselhaus ausgegangen und von dort auf den Speicher übergesprungen ist. Da sich in den durch das Feuer zerstörten Räumen außer den wertvollen Maschinen größere Vorräte un- und bearbeiteter Holzzer befanen, die zum Teil vernichtet sind, ist der Schaden recht beträchtlich.

Kiel. Zum Mord bei Levensau. Der wegen dringenden Verdachts der Täterschaft verhaftete Arbeiter heißt Kozza und stammt aus dem Kreise Schildberg. Er bestreitet, den Mord begangen zu haben. Die Verdachtspunkte haben sich aber noch weiter verhärtet. A. trug Stiefel, die dem Ermordeten gehört haben. Besonders auffällig wirkt, daß K., der Freitag keine Bazmitten hatte, am Sonnabend in der Baracke ein 10-Markstück wechseln ließ. Auch Blutflecke sind in seiner Kleidung aufgefunden. Die Erspannisse des ermordeten Kornicht sind bei der Leiche nicht gefunden worden. Der junge Kornicht stammte aus Neufals an der Oder in Nieder-Schlesien. Bis gegen Weihnachten arbeitete er mit seinem Vater bei der Firma Hermann Bachstein. Der Vater nahm sich für das Fest Urlaub, von dem er in diesen Tagen zurückkehren wird. Sein Sohn verzichtete aus Sparsamkeitsrücksichten auf eine Reise in die Heimat.

Kostol. Ueber einen aufregenden Kampf bei der Verhaftung eines Heiratschwindlers wird gemeldet: Als Dienstag vormittag in dem 20 Minuten von Kostol entfernten Dorfe Gelsdorf zwei Gendarmen den Sohn des Försters Gochen wegen Heiratschwindels festnehmen wollten, setzte dieser sich zur Wehr und feuerte mehrere Revolverkugeln ab, von denen drei den Gendarmen-Wachmeister Burmeister lebensgefährlich verletzten. Der Täter flüchtete, wurde aber von dem Gendarmen-Wachmeister Gräber eingeholt und, als er sich auch hier zur Wehr setzen wollte und den Revolver bereits erhoben hatte, durch mehrere Schüsse unschädlich gemacht. Nun erhob Gochen nochmals seine Waffe und feuerte sich die letzte Kugel in die Stirn, so daß er auf der Stelle tot war.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Rutt (Stieg 80 Pfg.)
am Freitag, den 10. Janr.
von vormittags 8 Uhr ab
an der
Holstenbrücke, Entnerbrücke, Hüxtertorbrücke und Struckfähre.

Ein größeres Aquarium
billig zu verkaufen.
231) Gr. Gröpelgrube 39, part.
Ad. Nühner, Uhren- u. Goldwarenverfä. u. handla. u. Reparaturwerkstatt. (108) **Fünthausen 13.**

Johannes Holst
Kohlmarkt 6, Markt 6.
Bettfedern und Daunen
Pfd. 48, 95, 1.25, 1.60, 1.85, 2.20, 2.85, 3.50, 4.00, 5.25.
Federdichte Inletts
Meter 70, 1.25, 1.38, 1.68, 1.95
236) 2.10, 2.45, 3.00.

Gesucht sofort (208)
tüchtige Blätterin
an Maschine und alle andere, 8 bis 4 Tage, dauernde Beschäftigung.
Järs, Gärtnergasse 5.

Gesucht zu Ötern (179)
ein Lehrling.
Neckels, Schmiedemstr.

Gesucht zum 1. April
ein Maurerlehrling.
Parlstraße 22.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910
bezüg. Feilhalten von Nahrungs- und Genussmitteln
sind zum Preise von 30 Pf. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstraße 46.

192
Der Ausstoß unseres
Bockbieres
beginnt am
Freitag, dem 10. Januar 1913.
Aktienbierbrauerei Lübeck.
Adler-Brauerei, A. Hammerich.
Bavaria-Brauerei, Altona.
Brauerei Walkmühle, H. Lück.
Elbschloß-Brauerei Nienstedten.
Hansa-Brauerei Akt. Ges.
Schloßbrauerei Kiel Akt. Ges.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.
Holsten-Meierei
Wickedestraße 44
185) Fernruf 2336
empfeilt täglich frische
ff. Meiereibutter, Schlag- u. Kaffeesahne, Vollmilch, Mager- und Buttermilch, Pimpkäse. Spezialität: Kochkäse

Das war der wesentliche Inhalt seiner Erwiderung, die im übrigen natürlich alles Schwarze in Rosa malte.

Die Herren Dr. Bell vom Zentrum und Schwabach von der nationalliberalen Partei redeten längere Zeit um die Sache herum, wobei der Zentrumsredner noch besonders das Dreiklassenhaus gegen die allzu gerechten Angriffe unseres Redners in Schutz nahm. Unter stärkerer Betonung der agrarischen Interessen sprach dann Graf Kanitz. Der Fortschrittler Dove dagegen entwickelte mit guten Gründen die Forderung nach einem Reichseisenbahngesetz, das die Rechte des Reichseisenbahnamtes endlich klarstellen soll.

Nach einigen Bemerkungen des Polen Sojinski über die Zustände in Oberschlesien wurde die weitere Debatte auf Donnerstag vertagt. Von unserer Seite soll noch Genosse Dittmann sprechen. Im übrigen steht die Tagesordnung die erste Lesung der Gesekentwürfe über die Konkurrenzklause und die Jugendgerichte vor.

Parteitag der elsass-lothr. Zentrumsparthei.

Hinter verschlossenen Türen versammelten sich am Dienstag in Strassburg die Clerikalen Elsass-Lothringens, um ihre Generalversammlung abzuhalten, auf deren Ausfall man sehr gespannt sein konnte. Mit kühnen Worten zog man auf dem Parteitag gegen die elsass-lothringische Regierung, die sich nicht ganz als Hörige des Zentrums betrachtet fühlte. Das Regierungssystem, das sich in der Angst vor Berlin und in der Angst vor der alldeutschen Hege und dem evangelischen Volksempfinden äußere, müsse von der Partei in allen Instanzen zurückgewiesen werden. Trotz der Niederlage der Zentrumsmitglieder in der Budgetkommission in der Frage der Erhöhung der Geistlichengehälter werde man entgegen allen Beeinflussungsversuchen standhaft bleiben.

Auf dem Parteitag wurde ferner noch beschlossen, ein Parteisekretariat für Elsass-Lothringen zu schaffen, dem im ersten Jahre von der Organisation 5000 Mk. zugestellt werden sollen.

Reformen, von denen man nichts merkt.

Die auf dem sozialdemokratischen Preussentag ausgesprochene Vermutung, daß die Immediatkommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform positive Ergebnisse nicht geliefert habe, hat eine amtliche Stelle in Bewegung gesetzt, um zu versichern, daß diese Vermutung unzutreffend sei. Es wird erklärt:

„Abgesehen davon, daß bereits einige derjenigen Fragen, die der genannten Kommission zur Begutachtung vorgelegt sind, Gegenstand gesetzgeberischer Vorlagen geworden sind, wie die Hinterlegungsordnung und einige kleinere Gelegetwürfe, so liegt eine ganze Reihe von Gutachten dieser Kommission über wichtige Fragen der Organisation der Behörde, der Schul- und Kommunalverwaltung, des Instanzen- und Rechtsmittelzuges vor. Sie werden sicher die Unterlage für eine Reihe wichtiger Gesetzesvorlagen für den Landtag werden. Wenn dies zurzeit noch nicht geschehen ist, so ist der wichtigste Grund dafür ausschließlich in der großen Fülle gesetzgeberischer Arbeiten zu suchen, die dem Landtage in dieser letzten Tagung der Legislatur-Periode ohnehin schon obliegen.“

Die Immediatkommission arbeitet seit Jahr und Tag, und alles was bis jetzt zustande gekommen ist, ist eine Regelung der Hinterlegungsordnung. Der ganze Komplex der Landratsverwaltung ist noch völlig unberührt geblieben. Gerade auf diesem Gebiet hätte die Kommission mit ihren Reformvorschlügen eingreifen müssen; hier jedoch hat sie bisher vollkommen versagt. Deshalb wird die auf dem Preussentag ausgesprochene Vermutung durch die amtliche Erwiderung in keiner Weise entkräftet.

Staatsgefährlicher Beifall.

Die Volkshallelehrer im Großherzogtum Hessen hielten am 2. Januar in Darmstadt eine Landesversammlung ab, die sich mit dem gegenwärtig dem Landtage vorliegenden Beamtenbeholdungs-Entwurf befaßte. In dieser Versammlung waren auch die Landtagsabgeordneten eingeladen. Sämtliche Fraktionen des Landtages waren der Einladung gefolgt und hatten Vertretungen entsandt, um ihre Stimmkraft kund zu tun, den Wünschen der Lehrer gerecht zu werden. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Abg. Sußold die Zustimmung mit dem Vorbehalt: „Starker Beifall.“ Die übrigen Fraktionen wurden von den Lehrern mit Genugtuung aufgenommen, nach den Ausführungen des Genossen Sußold bezeichnet der Bericht: „Starker Beifall.“ Dieser starke Beifall der Lehrer hat nachträglich die „erheblichen Bedenken“ des nationalliberalen „Darmstädter Taglichen Anzeigers“, des Organs des Abgeordneten Dr. Piana, erregt. Das Blatt schreibt:

„Wir bedauern den, dem sozialdemokratischen Redner gebundenen Beifall auch im haantlichen Interesse auf das lebhafteste, denn die Tendenzen der Partei können den beifallwährenden Teil der Versammlung abdecken müssen, auch nur durch Zustimmungsbekundungen der Wünsche hervorgerufen, daß dieser Teil der Versammlung der Sozialdemokratie nicht abgenügt ist.“

Die Lehrer haben also durch ihren Beifall die staatlichen Interessen des Großherzogtums gefährdet. Es ist nicht anzusehen, daß die Nationalliberalen durch diese Beifallbekundungen der Lehrer im Irrtum zu sich nicht selbst begründeten Wohlwollen für diese noch ermahnen werden. Die Nationalliberalen verlangen als Gegenleistung für ihre Beifall- und Beifallwährenden eben „gute Stimmung“; wie kürzlich im Landtag ein ultramontaner Redner sein Streben für die Lehrerschaft von dem religiösen Wohlverhalten derselben abhängig machte.

Eine neue Militär-Vorlage.

Die preussentagliche „Post“ ist in der Lage, durch eine Mitteilung in ihrer Ausgabe vom Mittwochabend einen Vorläufer zu einem früheren Stein der Sorge vom Herzen zu nehmen, indem sie von „höher militärischer Seite“ folgendes erzählt:

„Eine neue Militärvorlage wird in nächster Zeit, voraussichtlich noch im Monat Januar, dem Reichstage vorgelegt werden. Sie ist bestimmt, alle Lücken auszufüllen, die die letzte Militärvorlage noch hat bestehen lassen. Von allen Dingen wird die Stärke der Kompanien

nicht so bedeutend erhöht werden, daß sie allen Anforderungen gewachsen ist und eine vorzügliche Ausbildung der Leute gewährleistet wird. Außerdem werden die fehlenden dritten Bataillone nachgefordert, die Kavalleriedivisionen schon im Frieden aufgestellt und die Ersatzreserve wie früher zu einer Ausbildung mit der Waffe einberufen. Die bereits bei einigen Armeekorps bestehenden, über die normale Zahl hinausgehenden Brigaden und Regimenter sollen zu einem neuen Armeekorps zusammengefaßt werden. Auch den Wünschen der Artillerie nach höherer Bepannung usw. wird durchaus Rechnung getragen werden.“

Im Reichstage war bis Mittwochabend von einer Militärvorlage noch nichts bekannt. Es ist möglich, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist und daß die Interessenten einer Militärvorlage die zuständigen Militärstellen nur zu einer Antwort provozieren wollen.

Hierfürs Telegraphenbureau teilt mit, daß es an zuständiger Stelle im Kriegsministerium erfahren habe, die Meldung der „Post“ entbehre jeder Unterlage.

Das preussische Abgeordnetenhaus

Ist am Mittwoch, zugleich mit dem Reichstage wieder zusammengetreten. Die erste Sitzung nach den Weihnachtstagen ist, wie üblich, dem Finanzminister eingeräumt, der in großer und übersichtlicher, allerdings sehr trockener Form den Etat einbrachte. Seine Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Kein Wunder! Konnte er doch ein erfreuliches Bild von einer geradezu glänzenden Finanzlage Preußens geben. Die Jahre 1911 und 1912 haben, obwohl die Regierung mit Defiziten rechnete, hohe Ueberschüsse gebracht und auch das neue Jahr ist ein recht günstiges. Ausgaben und Einnahmen halten seit langer Zeit wieder einmal das Gleichgewicht. Es ist keine Anleihe zur Deckung eines etwaigen Fehlbetrages erforderlich. Widerspruch begegnete der Minister nur an zwei Stellen seiner Rede, einmal als er ankündigte, daß die Unterbeamten trotz der Teuerungsverhältnisse keine Zulage erhalten sollen und zweitens, als er die freilich nicht überraschende Mitteilung machte, daß die Regierung an die Aufhebung der Steuerzuschläge nicht denke. Unterbeamte sollen sich seiner Meinung nach genau so wie alle andere Staatsbürger mit den Teuerungsverhältnissen abfinden. Das einzige, was die Regierung zu tun bereit ist, ist die Erhöhung der Fonds zur Unterstützung von Beamten; eine Maßnahme, die darauf hinausläuft, daß die Beamten statt Bezahlung ihrer Arbeit Prämien für gute Leistung bekommen. Hierüber wird ja wohl bei der Staatsberatung, deren erste Lesung am Sonnabend beginnt, noch ein ernstes Wort zu reden sein. Charakteristisch ist, daß die Regierung, obwohl sie ohne Not die Steuerzuschläge beibehalten will, auf der anderen Seite das Geld mit vollen Händen hinauswirft, beantragt sie doch eine Erhöhung des Fonds zur Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung auf 2 1/2 Millionen Mark. Was über diese eines Polizeistaates würdige Maßnahme zu sagen ist, wird unser Staatsredner der Regierung am Sonnabend sagen.

Der Donnerstag und Freitag bleiben ruhungsfrei, damit den Abgeordneten Gelegenheit zum Studium des Etats gegeben wird.

Preussische Noblesse.

Der Wagenmangel im Ruhrgebiet hat für die dortigen Eisenbahnbediensteten eine ungeheure Mehrarbeit gezeitigt, für die eine besondere Entschädigung bisher noch nicht gewährt worden ist. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ des Herrn Victor Schweinburg verkünden nun mit großem Geschrei und mit heftigen Ausfällen gegen die sozialdemokratische Presse, daß den überanstrengten Eisenbahnern ihr Lohn nunmehr werden soll. Dem preussischen Landtag wird nämlich ein Nachtragsetat zugehen, in dem nicht bloß 60 Millionen Mark für den Ausbau von Bahnhöfen, sondern auch 3 Millionen Mark für Beihilfen an Beamte wegen der hohen Preise der Lebensmittel und 700 000 Mark mit der Bestimmung, daß daraus dem bei der Bewältigung des überaus großen Verkehrs der letzten Monate stark angestregten Personals der Eisenbahnverwaltung Remunerationen gegeben werden sollen.

Bei den Beihilfen für die Beamten, pflegen die besser bezahlten Beamten in der Regel nicht leer auszugehen, so daß für die unteren Beamten meist nicht mehr viel übrig bleibt. Und vollends die 700 000 Mark für das Heer der unteren Beamten und Angestellten, die wochenlang auf das schwerste angestrengt waren! Vielleicht ergibt sich die Möglichkeit, einmal festzustellen, was auf den Einzelnen entfällt, die preussische Noblesse würde dann gewiß im schönsten Glanze strahlen.

Der deflorierte Moralprofessor.

In Bayern ist zum Neujahrsfest der Würzburger Theologieprofessor Göpfert mit einem Orden defloriert worden. Es ist ja bei Staatsbeamten aller Art eine übliche Alterserscheinung, daß ein Piepmatz in Knopsloch gelogen kommt, auch wenn besondere Verdienste nicht aufzufinden sind. Bei Herrn Göpfert fehlt es aber an Verdiensten nicht, der Mann hat ein dreibändiges Werk über Moraltheologie geschrieben. Das „Berliner Tageblatt“ hat aus diesem Werke ein paar besonders erbauliche Stellen herausgepickt. An der einen Stelle seines Werkes gibt der Herr Professor sehr eingehende Moralvorschriften über den Verkehr mit dem Teufel.

Es heißt da:

„Es ist verboten, dem Teufel neugierige Fragen vorzulegen, und es wäre eine schwere Sünde, sich mit dem Satan im Falle einer Befreiung in ein längeres Gespräch einzulassen; dagegen ist es probabiler nur lässliche Sünde, ihm nur die eine oder andere neugierige Frage vorzulegen.“

Aber nicht nur für den Fall, daß der Mensch dem Teufel begegnet, weiß der Herr Professor gute Ratsschläge zu erteilen, auch wer in die nicht minder unangenehme Lage kommt, mit Zoll- oder Steuerbeamten zu tun zu haben, kann sich aus dem Bunde des Herrn Göpfert Rat holen. Er erzählt da unter anderem:

„Dagegen kann man es nicht als ungerechtes (wenn auch unerlaubtes) Mittel ansehen, wenn jemand, um der Steuer oder dem Zoll zu entgehen, Kaugel an Zeit vor sich schiebt, ersichtlich behauptet oder

bekündigt, er habe nichts Steuerpflichtiges, oder wenn er auf Fragen sagt, man habe nichts zu deklarieren; es liegt auch keine Ungerechtigkeit vor, wenn der Steuerbeamte die fehlende Summe erzwingen möchte; denn das hat er seiner eigenen Nachlässigkeit und Leichtgläubigkeit zuzuschreiben.“

Also auf einen kleinen Meineid kommts so sehr nicht an, wenn man sich nur dem Teufel gegenüber richtig zu benehmen versteht.

Wahrlich, ein Mann, der in solch hervorragender Weise für die Hebung der Volksmoral tätig ist, der muß einen Orden haben.

Schweiz.

Die Epidemie der Flugpenden. Die schweizerische Presse veröffentlicht einen Aufruf zugunsten einer nationalen Sammlung, die den Zweck verfolgt, dem Bund die nötigen Mittel für eine schweizerische Militär-Flottille zu verschaffen. Da der Bund und das Militärbudget im besonderen bereits stark belastet seien, so wird nun an den Patriotismus des Volkes appelliert, um durch private Spenden die erforderlichen Mittel aufzubringen. Die Anregung dazu ging von der schweizerischen Offiziersgesellschaft aus; bereits haben sich in den Kantonen Komitees zur Organisation der Sammlung gebildet. Sobald die Mittel vorhanden sind, wird das Militärdepartement die nötigen Vorbereitungen zur Schaffung einer ersten Fliegerabteilung treffen. Der Aufruf ist unterzeichnet von Bundesrat A. Hoffmann, dem Chef des Militärdepartements, von sämtlichen Armeekorpskommandanten und Divisionskommandanten, von den hervorragendsten Mitgliedern der Bundesversammlung sowie von den Präsidenten zahlreicher schweizerischer Verbände und Gesellschaften, die teils militärischen, teils zivilen Charakter tragen. — Man sieht, das Arrangement der großen Militärkette ist genau nach „berühmten Mustern“ getroffen und die „Gründe“ sind auch dieselben.

Balkan.

Zu den Friedensverhandlungen. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß während der bevorstehenden Verhandlungen zwischen den dortigen Botschaftern und dem Minister des Aeußern folgender Vermittlungsvorschlag zur Erörterung gelangen soll: Auf dem durch Schließung der Festungswerke von Adrianopel frei werdenden Grund und Boden soll ein Stadtteil entstehen. Damit wäre die Möglichkeit der Schaffung zweier autonomer Stadtverwaltungen, einer türkischen und einer bulgarischen, geschaffen, die sich über gewisse gemeinsame Stadtangelegenheiten, insbesondere finanzieller Natur, zu verständigen hätten. Eine größere Anleihe wäre von der Türkei und Bulgarien gemeinsam aufzunehmen zur Deckung der Kosten für diesen Plan. — Wir halten diese Meldung für sehr unwahrscheinlich.

Die Besteuerung der neuen Landesteile scheint den serbischen Regierungskreisen ziemlichliches Kopfzerbrechen zu bereiten. Anfänglich hieß es, daß Neuserbien während der ersten Jahre überhaupt von Steuern befreit bleiben solle, denn da die Abgaben in Serbien notorisch ungeheuer hoch und die neugewonnenen Mitbürger blutarm sind, so fürchtete man mit Recht, durch Einführung des serbischen Steuersystems einen abtorendenden Eindruck bei ihnen hervorzurufen. Nach längerer Ueberlegung erließ endlich der Ministerrat eine Bestimmung, wonach es mit den Steuern so wie bisher unter der türkischen Verwaltung gehalten werden solle, und vom serbischen Finanzministerium wurde ein Fachmann nach Neuserbien geschickt, am dort die Steuerämter und alles sonst zur Steuerhebung Nötige zu organisieren. Dieser Fachmann gelangte aber bei allseitiger Prüfung der Frage an Ort und Stelle zu dem Ergebnis, daß die Regiekosten größer sein würden als das ganze Steuerertragnis, denn das türkische Steuersystem ist primitiv und fordert wegen seiner Schwerfälligkeit einen unverhältnismäßig großen Beamtenapparat. So ist man denn wieder zu der ursprünglichen Idee zurückgekommen, vorläufig gar keine Steuern zu erheben bis auf den Zehnten und auch diesen nur von den verpachteten Grundstücken.

Meutereien an der Tschataldsha-Vinie? Aus Tschataldsha wird gemeldet, daß bulgarische Soldaten in der Nähe von Dertkos vor Hunger meuterten. Sie kamen nach Dertkos vor und verlangten Essen. Die türkischen Offiziere glaubten, sie seien Vorposten und wollten sie zurückschlagen. Die Bulgaren erklärten, sie möchten sich ergeben, um Essen zu bekommen. Die türkischen Offiziere antworteten, während des Waffenstillstandes machten sie keine Gefangenen und gaben ihnen Brot, worauf die Bulgaren in ihre Stellungen zurückkehrten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 9. Januar.

Zur Aussperrung der Fischdampfermannschaften an der Unterweser. Für das Maschinenpersonal sind die Fischdampfer in Geestmünde, Bremerhaven und Nordenham gesperrt. Jeder übe Solidarität!

Wünsche der lübschen Staatsarbeiter. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses legte der Wortführer eine von den Arbeitersausschüssen der Tiefbau- und Wasserbauabteilungen im Dezember vor. Jahres an den Bürgerausschuß und die Baudeputation gerichtete und den Mitgliedern des Bürgerausschusses im Abdruck zugefandte Eingabe vor, in welcher um eine wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung folgender Wünsche gebeten werde: 1. Aus Anlaß der allseitig anerkannten Teuerung werden die Löhne der städtischen Arbeiter pro Stunde um 2 Pf. erhöht. 2. Die Löhne werden im Winter wie im Sommer in gleicher Höhe gezahlt. 3. In Krankheitsfällen wird den städtischen Arbeitern der Differenzbetrag zwischen Lohn- und Krankengeld auf die Dauer der Krankentafelentleistung gewährt. 4. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich, und zwar freitags. Auf Antrag von Hoff, der erklärte, mit dieser Eingabe einen Antrag verbinden zu wollen, wurde die Besprechung der Eingabe auf die nächste ordentliche Versammlung vertagt.

Die Kommission zur Vorprüfung des Staatsvoranschlags für 1913 wurde gestern vom Bürgerausschuß gewählt. In dieselbe wurde entsandt: Dümper, v. Schack, Dr. E. Meyer, Klein, G. Eicheneburg, Dr. Jhde und Boie. Genosse Hoff ist erster Erfragmann.

Der Bürgerausschuß erteilt gestern folgenden Senatsanträgen seine Mitgenehmigung: Bewilligung von 1260 Mk. zur Beschaffung neuer Schulbänke für die Bezirksschule in Ruffe; Verkauf eines Areal in Behlendorf an den Mühlenbesitzer Ottmann dafelbst (450 Quadratmeter à 0,10 Mark pro Quadratmeter); Errichtung einer Badeanstalt am Travestrand bei Gohmünd (1250 Mk.); Vorschritt der offenen Bauweise für Wege und Wegebeete im Ansiedlungsgebiet von Riantz; Errichtung eines Zollauffertigungshäusleins auf der Viehrampe des Schlachthofes, 550 Mk. und Instandsetzung von Räumen im Hause Parade 1 für das Stadt- und Landamt, wofür 4500 Mark erforderlich sind. Durch die Annahme des letzteren Antrages ist die Errichtung eines Schwimmhallenbades, für welche Zwecke das Grundstück Parade 1 seinerzeit angekauft worden ist, in weite Ferne gerückt. Der Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung empfohlen wurde der Senatsantrag betreffend Bewilligung von 29 400 Mark für die Erneuerung der Mühlenbrücke, die sich nach Unterbrechung der Baudeputation in einem schlechten Zustande befindet. Zur Deckung der Kosten der im Sommer 1912 durch Hagelschlag verursachten Schäden an staatlichen Gebäuden fordert der Senat 9032,26 Mk., deren Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft der Bürgerausschuß empfiehlt. Ebenfalls gutachtlich befürwortet wurden die Senatsanträge betr. Herstellung einer Geleisverbindung nach dem Grundstück der Firma Stanz u. Emailierwerk vorm. Carl Thiel & Söhne; Erlaß eines Nachtrages zur Bauordnung für die Landbezirke vom 3. August 1867; Herstellung von Radfahrwegen im Jahre 1913. An eine fünfjährige Kommission verwiesen wurde ein Senatsantrag betr. die weitere Ausgestaltung des Stadtparks. Die Baudeputation fordert, ihr für Aus- und Umpflanzungen von Bäumen und Veränderungen an den Wegen im Stadtpark, für die Erweiterung der dortigen Wasserflächen, für Veränderungen des Baumbestandes an den den Park umschließenden Wegen, endlich für die Entfernung zweier im Park vorhandenen Holzbrücken und deren Ersatz durch Eisenbetonbrücken 8500 Mark zur Verfügung zu stellen, und zwar so, daß der erste Teilbetrag von 1350 Mark schon jetzt bereit gestellt werde, damit mit den Arbeiten sofort begonnen werden könne, die zweite Rate in Höhe von 5330 Mk., wovon 3180 Mk. für die Erneuerung der beiden Brücken erforderlich und bestimmt sind, in den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1913 und der Restbetrag von 1820 Mk. in den für das Rechnungsjahr 1914 eingestellt werde. Der Senat ist jedoch der Meinung, daß die Erweiterung der Wasserflächen im Stadtpark nicht notwendig ist, und hat das auch in seinem Antrag zum Ausdruck gebracht.

Wofür wir Geld haben. Der Bürgerausschuß bewilligte in seiner gestrigen Sitzung 2500 Mk. zur Aussetzung eines Preises für das Pferderennen auf dem Weindall. Sollte es wirklich keine Möglichkeit geben, Steuergroschen besser anzuwenden?!

An die Bauarbeitergilde von Lübeck und Umgegend! Die Agitationsleitung des „Deutschen Glaser-Verbandes“ sieht sich veranlaßt, an die gesamte Bauarbeitergilde die Bitte zu richten, uns in unseren Organisationsbestrebungen dadurch zu unterstützen, daß sie sich von allen auf Bauten beschäftigten Glasern die eingeführte Kontrollkarte vorweisen läßt. Da die Organisationsarbeit für den Verband der Glaser, bedingt durch die einzelne Arbeitsweise und den ständigen Wechsel der Arbeitsstelle, eine sehr schwierige ist, hoffen wir, daß die gesamte Bauarbeitergilde unserer Bitte nachkommt und Glaser, welche die grüne Karte nicht vorweisen können, an ihre Berufsorganisation verweist. Jeder organisierte Glaser muß im Besitz dieser abgestempelten Kontrollkarte sein. Die Agitationsleitung des Deutschen Glaser-Verbandes.

Die Errichtung eines neuen Dienstgebäudes für das Staatsarchiv beschäftigte gestern den Bürgerausschuß. Der Senat hatte beantragt, daß auf dem an der Johannisstraße unterhalb des St. - Johannis - Jungfrauenlofters gelegenen, im Staatsbesitz befindlichen Platz ein neues Dienstgebäude für das Staatsarchiv nach Maßgabe der vorgelegten Pläne sowie des Kostenanschlages des Baudirektors Balzer vom 8. November 1912 errichtet werde und daß die hierzu erforderlichen Mittel in Höhe von 238 700 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, auf Anleihemittel angewiesen werden. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages durch die Bürgerschaft.

Das Gewerbegericht wies am Mittwoch die Klage der Frau Sch., die sie gegen den Kantineninhaber M. in Herrenweg angestellt hatte, ab. Sie war als Mamiell angestellt, hatte Ende Oktober mit der Frau des Beklagten eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf die Klägerin äußerte: „Ich kann also gehen.“ „Gut, gehen Sie“ erwiderte Frau M. Danach wäre ihre 14tägige Kündigung am 12. November abgelaufen gewesen. Sie blieb jedoch ohne Widerspruch länger und glaubte, die Kündigung sei stillschweigend zurückgenommen worden. Das war nach Aussage des Beklagten nicht der Fall, Frau Sch. wurde nur vorüberhand im Betrieb noch gebildet, bis am 26. November ihre Entlassung erfolgte. Nun fordert sie für 14 Tage je 2 Mk. Lohn und setzt ferner

für die Beföstigung täglich eine Mark an. Die Klägerin hatte drei Zeuginnen kommen lassen, die jedoch von der ganzen Angelegenheit damals nur Kenntnis von ihr selber hatten, bei der Unterredung zwischen Frau M. und der Klägerin aber nicht zugegen gewesen waren. Deren Erscheinen vor Gericht war also völlig zwecklos. Da Frau Sch. selbst äußerte, sie wolle gehen, konnte sie nach dem Urteil des Gerichts froh sein, daß sie nicht eher weggeschickt wurde. Der Klägerin wurden die Kosten auferlegt.

Berichtigung. In unserem gestrigen Bericht über die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins heißt es, daß das Geschäftsjahr der Partei am 30. April enden soll. Beiläufig ist jedoch, daß der Schluß des Geschäftsjahres am 31. März eintritt.

Der Besuch des Stadttheaters ist im Dezember wieder gegen den gleichen Monat des Vorjahres zurückgegangen. Das Stadttheater wurde im Dezember 1912 an 30 Abenden von 15 831 Personen besucht, also durchschnittlich von 528 gegen 546 im Dezember 1911. Der größte Besuch war am 1. Dezember mit 920 Personen („Wallenstein-Trilogie“), der kleinste Besuch am 23. Dezember mit 254 Personen („Hänsel und Gretel“); an 14 Nachmittags-Vorstellungen von 10 149 Personen, also durchschnittlich von 725 Personen gegen 823 an 11 Nachmittags-Vorstellungen im Dezember 1911.

Anzeigepllichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Medizinalamt im Monat Dezember in 69 Fällen gemeldet; davon betrafen 23 Fälle (davon 2 tödlich verlaufene) Diphtherie, 22 Scharlach, 18 (1 tödlich) Masern, 4 Typhus, 2 (beide tödlich) Wochenbettfieber.

Handelsregister. Am 8. Januar 1913 ist eingetragen 1. bei der Firma E. Th. Damarck, Lübeck: Jeglicher Inhaber: W. A. Damarck, Kaufmann in Lübeck; 2. bei der Firma Aug. Brösch, Lübeck: Jegliche Inhaberin: Witwe E. R. Brösch geb. Koch in Lübeck; 3. bei der Firma Marty u. Co., Lübeck: Die Firma ist erloschen.

pb. Eigentumsvergehen. In der Zeit vom 3. bis 7. d. M. sind von einem Arbeiterwohnhausbau bei Strednik etwa 10 Meter Dachrinne gestohlen. Davon hatten 3 Meter einen Durchmesser von 6 Ztm. und 7 Meter einen Durchmesser von 9 1/2 Ztm. — Am 8. d. Mts. sind aus einer Bodenrinne eines an der Bedergarbe belegenen Hauses folgende Sachen gestohlen: 1 graugrüner Ulster, 1 dunkler grünlich schimmernder Ulster, 1 blauer Jacketanzug, 1 schwarzer Rockanzug mit abgerundeten Ärmeln, 1 dunkle hellgestreifte Hose, 1 helle Weste und 1 Paar Schnürstiefel.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 8. d. Mts. ist vor einem an der Bahnhofstraße belegenen Restaurant ein ganz neues Fahrrad Marke „Möbe“ mit schwarzem Gestell, gelben Felgen, roten Summreifen, nach oben gebogener Lenkstange, Torpedofreilaufräder, Rücktrittbremse und einer neuen Karbidlaterne abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Auf der Stellschraube der Lenkstange befindet sich die Buchstaben R. O.

pb. Verhafteter Betrüger. Ermittelt und festgenommen wurde ein Steuermann aus Harburg, der sich in hiesiger Stadt in mehreren Fällen des Betrugsversuchs schuldig gemacht hat, indem er an mehrere Personen Briefe schrieb, und sich durch unwahre Angaben Darlehen zu verschaffen suchte.

Die nationale Schweinejagd ist unter dem Schweinebestand des Gastwirts und Husners Peemöller in Ruffe ausgebrochen.

Die Kindervorstellung des Arbeiterbildungsvereins, die gestern nachmittag im Stadttheater stattfand, war völlig ausverkauft. Und fröhliches Lachen begleitete die lustigen Streiche der beiden bösen Buben Max und Moritz. Auch das „Märchenbuch“ fand den lauten Jubel der kleinen Gäste.

Das vielbesetzte Jugklüß „Sündenböcke“ wird morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, in der Stadthalle bei durchweg sehr hohen Preisen in Szene gehen. Es ist hierdurch allen Kreisen Gelegenheit geboten, sich das ungelungene Stück in bester Darstellung anzusehen. Es dürfte sich jedoch empfehlen, Eintrittskarten im Vorverkauf zu besorgen. Heute, Donnerstag, wird der Schwank „Die Welt ohne Männer“ seine Premiere erleben.

Neues Stadttheater. Aus der Kanzlei wird uns geschrieben: Das Ende dieser Woche gibt noch einige besonders beachtenswerte Aufführungen. Zunächst am Freitag die hiesige Premiere von Drögels glänzender Komödie „Der gute lichte Frau“, worin der Verfasser in seiner wihigen Art zeigen will, daß es zum Erfolg und Ansehen im großen Leben am Ende nur auf bestimmte Außerlichkeiten ankomme, wie er in einem Schnebergelassen, der es zum Minister bringt, drastisch demonstriert. Sonnabend ist eine Wiederholung von Wagners „Liegendem Holländer“. Frau Helene Offenberg vom Stadttheater in Graz (früher Hamburg) wird in dieser Oper als Senta ein Gastspiel auf Engagement absolvieren. Ihren äußerst zahlreichen kleinen und großen Freunden und Freundinnen stellen sich am Sonnabend nachmittag die beiden Buben „Max und Moritz“ noch einmal vor. Alle die losen lustigen Streiche mit ihrem

beruenden Schluß und „Das große Märchenbuch“ als Zugabe für die gefobte Besserung werden wieder großen Jubel auslösen. Und da es sich diesmal um den Abschied der beiden handelt, ist wohl ein reger Besuch besonders angezeigt. Für Sonntag steht wieder Lehars zugkräftige Operette „Eva“ auf dem Spielplan. Wie dazu schon mitgeteilt wurde, ist es der Direktion gelungen, Gertrud Sewalt vom Operettentheater in Hamburg für ein zweites Gastspiel zu gewinnen. Ganz besonders aber sei noch einmal auf das einmalige Gastspiel der Hofopernsängerin Hedwig Francisko-Kauffmann vom Stadttheater in Hamburg als „Gilda“ am Montag, dem 13. Januar in „Rigoletti“ hingewiesen.

Schwartz. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Freitag, dem 10. Januar, abends von 5 bis 8 Uhr im Lokale des Herrn Winkert, „Transvaal“, statt.

Hamburg. Ein graufiger Fund wurde am Mittwoch im Bramfelder See gemacht. Man fand dort die Eingeweide und den Brustkorb eines Mannes. An dem unteren Teile des Brustkorbes konnte man noch die Spuren einer Säge entdecken. Daneben lagen zwei wildlebene, anscheinend von den Wörtern herrührende blutige Handschuhe und ein mit Blut befeuchtetes Rasiermesser. An einem Baum am Steilshoperweg wurde noch ein blutiger Rucksack aufgefunden, in dem vermutlich die Leichenteile transportiert worden sind. Es wird nun angenommen, daß hier eine Mordtat vorliegt, die auf Hamburger Gebiet vollführt worden ist. Mehrere hiesige Kriminalbeamte haben sich sofort nach Meldung von dem Funde mit ihren Hunden an Ort und Stelle begeben, um den Fundort abzulassen. — Großener in einer Riffenfabrik. Mittwoch früh gegen 4 1/2 Uhr brach in der Exportkistenfabrik „Hamburger Holzwerke“ von Reinhold Fregang, bei der grünen Brücke Nr. 82/92, ein Feuer aus, das einen großen Teil der Fabrik zerstörte. Als das Feuer bemerkte wurde, stand von dem mit einer Front an der Wille liegenden Fabrikgebäude, das aus zwei nebeneinander stehenden massiven vierstöckigen Speichern mit seitlich errichtetem Maschinen- und Kesselhaus besteht, das Kesselhaus, sowie der mit Brettern dichtbelagerte Holzplatz hinter den Speichern und einer dieser hohen Speicher in Flammen. Es hatte nur wenige Minuten bedurft, um das Feuer zu einer so großen Ausdehnung kommen zu lassen. So lange die Flammen das Dach des Speichers nicht durchbrochen hatten, konnte die Feuerwehr dem entsefftesten Elemente nichts anhaben, da man an den eigentlichen Herd des Feuers, der sich im Innern des mit Holzern aller Art angefüllten Speichers befand, nicht gelangen konnte. Erst als die Flammen freie Bahn hatten und hell zum dämmernenden Morgenhimmel schlugen, konnte man die Gewalt des Feuers brechen. Die Entstehung des Feuers hat sich bisher nicht erklären lassen. Man nimmt an, daß das Feuer vom Kesselhaus ausgegangen und von dort auf den Speicher übergesprungen ist. Da sich in den durch das Feuer zerstörten Räumen außer den wertvollen Maschinen größere Vorräte un- und bearbeiteter Holz befanden, die zum Teil vernichtet sind, ist der Schaden recht beträchtlich.

Kiel. Zum Mord bei Levensau. Der wegen dringenden Verdachts der Täterschaft verhaftete Arbeiter heißt Koloza und stammt aus dem Kreise Schildberg. Er bestritt, den Mord begangen zu haben. Die Verdachtspunkte haben sich aber noch weiter verdichtet. K. trug Stiefel, die dem Ermordeten gehört haben. Besonders auffällig wirkt, daß K., der Freitag keine Wärmittel hatte, am Sonnabend in der Parade ein 10-Markstück wechseln ließ. Auch Blutflecke sind in seiner Kleidung aufgefunden. Die Erparnisse des ermordeten Kornitzki sind bei der Leiche nicht gefunden worden. Der junge Kornitzki stammte aus Neulitz an der Oder in Nieder-Schlesien. Bis gegen Weihnachten arbeitete er mit seinem Vater bei der Firma Hermann Bachstein. Der Vater nahm sich für das Fest Urlaub, von dem er in diesen Tagen zurückkehren wird. Sein Sohn verzichtete aus Sparfamleisrücksichten auf eine Reise in die Heimat.

Kofoff. Ueber einen aufregenden Kampf bei der Verhaftung eines Heiratschwindlers wird gemeldet: Als Dienstag vormittag in dem 20 Minuten von Kofoff entfernten Dorfe Heilsdorf zwei Gendarmen den Sohn des Försters Sochen wegen Heiratschwindels festnehmen wollten, setzte dieser sich zur Wehr und feuerte mehrere Revolverkugeln ab, von denen drei den Gendarmenle-Wachmeister Burmeister lebensgefährlich verletzten. Der Täter flüchtete, wurde aber von dem Gendarmenle-Wachmeister Gräber eingeholt und, als er sich auch hier zur Wehr setzen wollte und den Revolver bereits erhoben hatte, durch mehrere Schüsse unerschädlich gemacht. Nun erhob Sochen nochmals seine Waffe und feuerte sich die letzte Kugel in die Stirn, so daß er auf der Stelle tot war.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Rutt (Stieg 80 Pfg.)
am Freitag, den 10. Janr.
von vormittags 8 Uhr ab
an der
Holstenbrücke, Entner Brücke, Nüstertorbrücke und Struckfähre.

Gesucht sofort (208)
tüchtige Blätterin
für Maschine und alle andere, 3 bis 4 Tage, dauernde Beschäftigung.
Jürs, Gärtnerstraße 5.

Gesucht zu Ostern (179)
ein Lehrling.
L. Neckels, Schmiedemstr.

Gesucht zum 1. April
ein Maurerlehrling.
245) Parstraße 22.

Ein größeres Aquarium
billig zu verkaufen.
231) Gr. Gröpelgrube 39, part.

Ad. Nübner, Uhren- u. Goldwarenverfäht. (168) **Fünfhausen 13.**

Johannes Holst
Kohlmarkt 6, Markt 6.
Bettfedern und Daunen
Pfd. 48, 95, 1,25, 1,60, 1,85, 2,20, 2,85, 3,50, 4,00, 5,25.
Federdichte Inletts
Meter 70, 1,25, 1,38, 1,63, 1,95
236) 2,10, 2,45, 3,00.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrung- und Genussmitteln sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstraße 46.

192

Der Ausstoß unseres
Rockbieres
beginnt am
Freitag, dem 10. Januar 1913.

Aktienbierbrauerei Lübeck.
Adler-Brauerei, A. Hammerich.
Bavaria-Brauerei, Altona.
Brauerei Walkmühle, H. Lück.
Elbschloß-Brauerei Nienstedten.
Hansa-Brauerei Akt. Ges.
Schloßbrauerei Kiel Akt. Ges.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gabe rete Lubeca - Rabattmarken.

Holsten-Meierei
Wickedestraße 44
185) Fernruf 2336
empfehl't täglich frische
ff. Meierei-Butter, Schlag- u.
Kaffeesahne, Vollmilch,
Mager- und Buttermilch,
Pimpkäse, Spezialität: Kochkäse

Mein
Inventur-Ausverkauf
 von guten zurückgesetzten Korsetts
 beginnt am 10. Januar.
 Korsettfabrik (287)
Th. Jepsen, Breite Str. 42.

Emil Friedheim
 General-Vertretung der Orientalischen Tabaks u. Zigarettenfabrik „Yenidze“, Dresden
 Spezial-Marken: „Salem Aleikum, Salem Gold“.
 Jetzt: **Breite Strasse 54.**
 Fernsprechanruf unverändert Nr. 2172.

Schneeweiße Wäsche
 gibt Ragoda-Zuschwammmittel. Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franco wertvolle Geschenkhände z. B. gegen Gutschne von 10 Bfg. 1 echt Silbernes Koller, 1 Paar Meiser u. Gabeln. Verlangen Sie Broschüre beim Kaufmann.
 Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Wäschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Ragoda machen. (280)

**Kinder-
 u. Erstlings-Wäsche**



kauft man am vorteilhaftesten bei
Gebrüder Hefti
 Lübeck
 Untertrave 11/12
 bei der Holstenstr.

Heute beginnt mein
Inventur-Ausverkauf.
 Es kommen zum Verkauf, teilweise auch im Schaufenster ausgelegt:
Anaben- u. Mädchenstiefel Hindbog, genagelte Böden
 Größe 27-30 4.60, 31-35 5.10, 36-40 6.60 Mf.
Anaben-Kindleder-Schulstiefel kräftig
 Größe 27-30 3.75, 31-35 4.50, 36-39 5.50 Mf.
Serren-Hindbog-Zug- und Schnürstiefel
 spitze und breite Form 7.90 Mf.
Damenstiefel mit und ohne Lackpappe
 3.75, 5.75, 6.25 bis 9.75 Mf.
Serren-Arbeitsstiefe mit Eisen 4 Mf.
Kindertiefel Gr. 19-22 von 75 Bfg. an. **Ohrschuhe** 50 Bfg.
 und noch vieles nicht genannte mehr.
Heinrich Beckmann,
 Reiferstrasse 3, bei der Schwartauer Allee.
 empfiehlt die Buchdruckerei von **Friedr. Meyer & Co.**

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1
 Fernspr. 761
 Herren- u. Knabengarderoben - Spezialität: Berufskleidung, Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen, Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunend. Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Boxen, Schlaf- u. Bettdecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche, Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe, Handschuhe, Schlipse etc.
Aussteuer-Artikel.

Praktischer Wegweiser
 Erscheint einmal wöchentlich • **Geschäfte** • Zur Beachtung empfohlen

**Kenner bevorzugen
 das gute Lübecker
 Bürgerbräu**
 Aktienbierbrauerei Lübeck

Alumin.-Geschirr
 Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Gradsöfen
Adolf Borgfeldt
 Fernspr. 572 Mühlenstr. 33-40

Brot-Fabrik
Lübecker Central-Brotfabrik
Rich. Spangenberg
 Lindenstr. 20-22. Fernspr. 258
 „Juwelbrot“ wälschweckendes Kraft- u. Nährbrot Backwaren jeglicher Art.

Kaufhaus Siegfried Ktzmann
 Breite Str. 33, 1. Etage

Einzel-Möbel sowie kompl. Wohng.-Einrichtg. Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion Arbeiter-Garderb. Manufaktur-Waren Wäsche, Teppiche, Kinderwagen etc.

Auf Teilzahlung
 in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

Möbelmagazin
Herm. Rist Hunde-Str. 18.
 billigste Bezugsquelle Elg. Tischler- u. Tapezierwkt.

Eutin
Deutsches Haus
 Kiekerstr. 7 hält sich Vereinen u. Touristen bestens empfohlen.
Paul Schröder.

Arbeiter-Artik. Manufakturw.
Otto Albers
 Markt 4 Kohlmarkt 10
 Viel beste Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art

Pflanzen-Butter
 Delikater-Eigeln-Pflanzenbutter Edel Margarine
„Heimchen“
 das Pfund 80 Pfg.
Otto H. C. Voigt
 Johannisstraße 23

Garten-Sämereien
Friedrich Michael
 Breitestraße 49

Lederwaren u. Reiseartikel
J. H. Busson
 Sattler, Sandstr. 8

Musikinstrum.
Meyer & Eggert
 Königstraße 116.

Ludw. Grandt
 Tischlerei und Möbelmagazin
Schuhwarenhaus R. Bendt
 beste Bezugsquelle in Arbeiterschuhwerk sow. auch bess. Schuhwar.

Arbeiter- und Berufskleidg.
J. H. Pein
 am Markt Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskleidung, Hüte und Hützen.

Cigarrenhdlg.
Elisabeth Sühr
 Untertrave 20. Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.
 H. Meier
 Holstenstraße 42

Herrenartikel
Heinrich Waller Breite Str. 60.
 Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren-Wäsche.

Portemonnaies Lederwaren Brieftaschen Ranzel Schultaschen Rucksäcke
Reit- und Fahr-Artikel
Wilh. Krautzfeldt
 Lederhandlung, Samt, Schuhmacherartikel, Fischergrube 23

Öfen und Herde
F. STEEN
 Wahnstraße 58
 Irdenes Gebrauchsgeschirr

Mölln
Otto Greve
 Gastwirtschaft und Destillation.
Wilh. Lübcke
 Restaurant Lübecker Hof Klub- und Balllokal, Kegelhahn.

Bäckereien
Adler-Biere
 Trinkt
Adler-Biere

Eisenwaren u. Werkzeuge
G. Kugel & Co.
 Sandstr. 18 Tel. 307

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.
Fritz Kruse
 Inhaber: Paul W. Pöngger
 Schüsselboden 32
Kaffee
 in sämtlichen Preislagen.

Mineralwasser u. Spirituosen
J. C. Wessel
 Gr. Gröpelgrube 21-23 Tel. 750.

Photographien
Samson & Co.
 Breitestraße 39.
 Erstes Atelier mit billigen Preisen - Amateur Bedarfsartikel.

Rud. Hübener, Uhren u. Goldwar.
Ludw. Kuhn, Herr- u. Damenb. Mützen, Pelzwar.
Chr. Voss & Sohn, Schuhwaren u. Repar.-Wkst.

Brauereien
 Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu
 Trinkt
Kieler Schloßbräu
 Trinkt
Fr. Krapf, Brauerei Osthar
 Schloßbräuerei 11.
Abschloß-Bier
 Trinkt
Arnold Berg
 Breitestraße 35.

Fleisch- und Wurstwaren
Ch. Hamann
 Schlächterei Markt 7 Kohlmarkt 4
 Telefon 8923

Kinotheater
Metropol-Theater
 Nur Breitestr., beim Rathaus täglich ununterbrochen Vorstellung von 4-11 Uhr. Jeden Sonntag u. Mittwoch neues Programm. Sonntag nachm. v. 2-4 Kinder-Vorstellung.

Verlangen Sie Bunte Kuh-Kümmel
 Dr. Nickel Spezialfabr. für alkoholfreie Getränke. Tel. 1070.

Tapeten
Fritz Rehm
 Beckergroße 20.

Schlutup
Otto Liebenow
 Uhren, Goldwaren, Musikwerke - Eigene Reparaturwerkstätte.
W. Richter
 Uhren u. Goldwaren nebst eigener Reparaturwerkstatt
 Gasthof Post H. Vetter ff. Empfehlensw. Lokal.
Hugo Krogmann Photographisches Atelier
Ad. Saborowski Verkehrslokal d. Gewerkschaft.

Glas, Porzellan
ARNOLD BERG
 Breitestraße 35.

Gesundheits-Brot
 Verlangt
Simonsbrot
 Vollkornbrot z. reinem Roggen Kornmehl und Leinwand - ärztlich empfohlen - Fabrik in St. Neddergen.

Lichtspiele
Neues Lichtspiel-Theater
 Breitestr. 13 neben Hans-Café
 Größtes, am besten ventiliertes u. der Neuzeit entsprechendes Lichtspiel-Etablissement.

Meierei
HANSA-MEIEREI
 Lübeck's Ammel
 Milch u. Milchprodukte in anerkannt bester Qualität

Treibriemen u. Sattlerwaren
H. Köpcke & Eggert
 Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr Reise-Utensilien, Schulmapp. Taschen, Portemonnaies etc.
 Huxstraße 29.

Schwartau
Herm. G. Schmidt
 Markt 18
 Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.
Adler-Drogerie Inh. Hans Grampp
 Farben, Lacke, Kräftigungsmittel.
Alb. Gleich Schlächterei ff. Fleisch- u. Wurstwar
A. Klünder Schuhwarenhaus Markt 17.
Rob. Pinkert Verkehrslokal der freien Gewerkschaft.
L. Schaap Manufakturwaren Arbeitergarderobe.

Thüringer Wurstfabrik
 Ihre Fabrikate empfiehlt angelegentlich die
Thüringer Wurst- und Fleisch-Konserven-Fabrik
August Scheere, Lübeck
 Beim Retzeich 14
 Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Uhren- und Goldwaren
L. Behnfeldt, Uhrm.
 Uhren-Rep.-Werkstatt Paffstraße 4.
A. Matern
 Beckergroße 26
 Uhrmacher, Schweizer Uhren.

Der kommunalpolitische Reichsverband.

Die Sorge, daß Groß-Berlin (bis in die höchsten Spigen hinein) der Sozialdemokratie verfallen könne, hat abermals eine Anzahl grimmer Kämpen zu wagemutiger Tat entflammt. Bereits am 1. Dezember v. J. fand im stillen eine Versammlung statt, die drei Männer wählte, damit diese irgend etwas gegen den Ansturz unternähmen. Es waren hierzu ertoren der Gemeindefürsorge Dr. Frankel-Schmargendorf, der Oberbürgermeister Ziechen-Lichtenberg und der Stadtverordnete D. Leidig-Wilmersdorf. Der Herr aus Schmargendorf hat sich bis dahin mit dem Pflaster begnügt, auf reichsverbändlerische Art der Sozialdemokratie allerhand am Zeuge zu stehen, während die anderen beiden Herren bei der letzten Reichstagswahl, Herr Ziechen als freikonservativer, Herr Leidig als rechtsnationalliberaler Durchfallskandidat, den Befähigungsnachweis zur Vernichtung der „Rotte“ erbrachten. Der Ausschuss beriet nun und arbeitete für einen zu gründenden Bürgerbund Groß-Berlin folgende Aufgaben aus:

„Erstens, die Beratung gemeinsamer kommunalangelegenheiten der Groß-Berliner Gemeinden.

Zweitens, die Schaffung einer Anstaltsstelle für Groß-Berliner Gemeindefragen.

Drittens, die Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen in den Groß-Berliner Gemeinwesen. Ausgeschlossen ist die Erörterung allgemeinpolitischer und religiöser Angelegenheiten.“

Diesem Programm pflichtete eine Versammlung bei, die am Sonntag im „Heidelberger“ in der Friedrichstraße zu Berlin tagte. In den Vorstand des nunmehr zu Recht bestehenden Bürgerbundes wählte man von den Gründen aber nur den einen, nämlich Herrn Leidig und zwar zum ersten Vorsitzenden. Sein Stellvertreter wurde Kommerzienrat Buhke-Berlin, das Amt des Schriftführers erhielt Dr. Längler-Friedenau und das des Schatzmeisters Kommerzienrat Fischer-Neukölln.

Dem Anschein nach ist die Bekämpfung der Sozialdemokratie bei allem ehrlichen Haß, den die Herren vom Bürgerbund unserer Partei entgegenbringen, die geringere Sorge dieser politischen Organisation mit unpolitischem Feigenblatt. Ein Verein zur Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen in dem Groß-Berliner Gemeinwesen ist etwa ebenso sinnreich, als wenn in München ein Verein gegen die Bayern gegründet würde. Mit dem Groß-Berliner Gemeinwesen ist die Sozialdemokratie so innig verbunden, daß das kommunale Leben überhaupt ertötet würde, wenn der wunderliche Zweck des Bundes in Erfüllung ginge. Das Streben der kommunalen Reichsverbänder scheint denn auch auf etwas anderes abzu zielen. Einer der Redner sprach nach Zeitungsberichten in der Versammlung etwas davon, daß rechtzeitig dafür gesorgt werden müsse, daß die Sozialdemokratie nicht im Zweckverband die Mehrheit erhalte, wie es in Folge der jetzigen Tätigkeit des Staatssekretärs a. d. Dernburg und des Propaganda-Ausschusses geschähe. Unter den hunderten Mitgliedern des Zweckverbandes sind rund ein halbes Dutzend Sozialdemokraten; auch wenn diese eine sehr ausgedehnte Tätigkeit unter den Oberbürgermeistern, Landräten und Regierungspräsidenten entfaltet, würde ihre Werbekraft das vom Bürgerbunde

aufgesteckte Ziel sobald nicht erreichen. Es handelt sich kurz und bündig denn auch bei diesem Bund um nichts anderes, als um die Sicherung gemeingefährlicher Profitinteressen, die man durch die vom Propaganda-Ausschuss gegen die himmelschreienden Wohnungsverhältnisse betriebene Agitation bedroht sieht. Und aus diesem Grunde avanciert der Leiter des Ausschusses, Herr Staatssekretär Dr. Dernburg, Ritter pp. plötzlich zum Sozialdemokraten. Ganz nach dem Muster des Liebertschen Reichsverbandes, der in seiner Korrespondenz ja auch nicht so sehr der Sozialdemokratie, als den bürgerlichen Reformpolitikern Knüttel in den Weg legt. Aber auch was die übrigen Programmpunkte betrifft, so scheint es mit deren Verwirklichung durch den Bund sein eigenes Bemühen zu haben. Wäre dem ersten Vorsitzenden Herrn Dr. Leidig um die Beratung und wohl auch Förderung gemeinsamer kommunalangelegenheiten der Groß-Berliner Gemeinden so sehr zu tun gewesen, so hätte er dazu vor Jahresfrist die prächtigste Gelegenheit gehabt, als die Groß-Berliner Finanznot die Magistrate aller Städte zu dem Vorschlage der Erhöhung des Kommunalsteuersatzes auf 110 % zwang. Die sozialdemokratischen Teilnehmer an der Beratung im Berliner Rathaus erklärten in der Einsicht, daß etwas geschehen müsse, ehe sie ihre Zustimmung zu diesem Schritt und auch die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen anderer Gemeinden äußerten sich in diesem Sinne. Einzig der Widerstand der von Herrn Leidig beeinflussten Wilmersdorfer Großen Fraktion, die da meinte, daß ihr Vorwort im Trüben stehen könne, brachte das Reformwerk zum Scheitern. Dies ist nicht das erste Beispiel kommunalpolitischer Streikbrechertums aus Wilmersdorf. Es genügt, aber, um zu zeigen, wie blind der Haß gegen Sozialdemokratie und kommunale Sozialpolitik macht, wenn der Bürgerbund ausgerechnet Herrn Leidig mit der Ausführung eines wesentlichen Teils seines Programms betraut.

Der Newyorker Finanz-Oktopus vor dem Parlament.

Aus Newyork wird uns geschrieben:
Der 13. Dezember 1912 war ein denkwürdiger Tag in der politischen Geschichte der Vereinigten Staaten, wenn man geneigt ist, der „Geldtruff“-Enquete des von dem Louisiana'schen Abgeordneten Pujo geleiteten Kongress-Komitees für Bank- und Geldwesen eine über die demagogischen Bedürfnisse bürgerlich-radikaler Volksvertreter hinausgehende Bedeutung zuzupredigen, und in jedem Falle hat dieser Dezentag seinen dramatischen Beitrag zur Aufklärung über die Zustände in diesem Lande des entwickeltesten Kapitalismus geliefert. Im Sommer begann der genannte, kurzweg „Pujo-Komitee“ genannte Parlaments-Ausschuss mit einer Untersuchung der Finanz- und Bankverhältnisse durch eine Reihe von Finanz-Sachverständigen, die am 20. Oktober einen Bericht einreichten, der in seiner Tendenz auf den Nachweis eines durch John Pierpont Morgan und John David Rockefeller beherrschten „Geldtruffes“ hinauslief. Natürlich macht das Komitee nicht den Versuch, das Bestehen eines organisierten absoluten Finanz-Monopols nach Art der großen industriellen Monopole zu beweisen,

wohl aber behaupten die Experten der Kommission, daß zwei mächtige Finanzgruppen oder, was als tatsächlich gleichbedeutend behandelt wird, die beiden erwähnten Newyorker Geldfürsten durch ein umfassendes System der Personalunion in den Leitungen aller großer Finanz- und Industrie-Unternehmungen die „Kontrolle“ über das Wirtschaftsleben an sich gerissen haben. Morgan und Rockefeller beherrschten nach den durch ein detailliertes Namen- und Zahlenmaterial belegten Angaben des Sachverständigen-Berichts mehr als ein Drittel — 36 Proz. — des gesamten, kapitalistisch angelegten Geldes samt der natürlichen Hilfsquellen des Landes! Nach Wiedereröffnung des Bundes-Kongresses nahm das Pujo-Komitee die Finanz-Enquete wieder auf, die jetzt mit der Vernehmung John Pierpont Morgans ihren dramatischen Höhepunkt erreichte. Diese Vernehmung war schon rein äußerlich interessant genug. Das sonst im Bewußtsein seiner Herrschermacht so kühl und unerschütterlich gelassene Auftreten der Firma J. P. Morgan & Comp. war nach den Versicherungen seiner Anwälte außerordentlich „nervös“; der sonst in seiner Art ständig aktive, gefürchtete Mann mußte, um die gemeinplätzigste Information geben zu können, erst seine juristischen oder sonstigen Trabanten in Anspruch nehmen; so zum Beispiel, als er gefragt wurde, ob seine Firma fiskalische Vertreterin irgendeiner Eisenbahn sei, wie seine Partner hießen usw. Sogar auf die Frage, wie viele Partner er habe, konnte dieser Beherrscher des Geschäftslebens eines ganzen Kontinents erst Auskunft geben, nachdem er eine ihm zugeleitete Liste gedrucker Namen mit dem Bleistift in der Hand wiederholt nachgezählt hatte! Schon das Gefolge des Finanz-Cajars war beachtend. Morgan hatte mit den üblichen Erklärungen, daß er froh sein werde, dem Bundes-Kongress irgendwelche, von ihm gewünschte Information geben zu können, und daß er nichts zu verheimlichen habe, nicht gerade gezeitigt, vor dem Komitee aber war er von einer Wolke von Advokaten umgeben, die natürlich keinen anderen Beruf hatten, als dem Zeugen behilflich zu sein, den Volksvertretern soviel Information als schon möglich vorzuenthalten. Charakteristisch für amerikanische Zustände ist dabei, daß der „Muttertruff“ sich bei dieser — wenn auch einseitigen — rein akademischen — Auseinandersetzung mit der amerikanischen Demokratie auf den juristischen Beistand eines demokratischen Parteihäuptlings von Newyork, William Sheehan, wie auch republikanischer Politiker, so des Ex-Botschafters Chaete und des ehemaligen Bundes-Senators Speener, stützen konnte, denen sich noch die fähigsten Truff-Advokaten des Landes gesellt hatten. Trotz der Wichtigkeit dieser Bande prominenter Rechtsvertreter waren die Aussagen des Zeugen Morgan nicht vollständig wertlos für die amerikanische Nation. Morgan leugnete zwar nicht nur die Existenz, sondern auch die bloße Möglichkeit eines Geldtruffes, den er aber nach seiner eigenen Definition im Sinne eines „vollständigen Monopols“ versteht. Ist es schon bemerkenswert, daß er hierbei — entgegen allen bis noch vor wenigen Jahren gehörten Befürwörungen der Leute seiner Art — die Möglichkeit einer vollständigen „Truffifizierung“ aller ungenutzten Waren zugab, so bildete das tatsächliche Ergebnis der Beweisaufnahme den besten Kommentar zu einer glatten Verneinung der Möglichkeit eines Geldtruffes. Achtzehn Finanzinstitute Newyorks, Chicagos und Bostons, sämtlich mit Morgan „eng affi-

Eine Lebensfrage.

Erzählung von Theodor Mügge.

I.

Es war ein Frühlingstag, einer der ersten warmen und schönen, der die Blüten an den Apfelbäumen in dem Garten des Doktors Johannes Gerber aufrollte, und die Knospen an dem alten großen Kastanienbaum plaken ließ, der zur Sommerzeit die Fenster seines Studierzimmers dicht beschattete. Der Herr Doktor aber sah in seinem grünen Saftanzug auf dem Schreibtische und schien von allen Frühlingsherlichkeiten nichts zu merken. Um ihn her lagen viele aufgeschlagene Bücher, die Sonne schien heiß auf sie und dem gelehrten Herrn gerade ins Gesicht, als wollte sie ihm das Schreiben und Lesen verleiden und ihn hinauslocken, um ihm die jungen Blätter und die lichten Blüten zu zeigen, die sie aus trockenen Stielen und harten Rinden für ihn hervorgezaubert hatte; aber er gehörte zu den Undankbaren, denen das Wort lieber ist als die Tat.

Die Sonne hatte daher auch recht, ihn mit größter Schärfe zu beschienen, und wenn es ihr möglich gewesen wäre, hätte sie wahrscheinlich bedenklich ihren Kopf geschüttelt und ihn ausgelacht, denn der Herr Doktor konnte ihr wohl einigen Anlaß dazu bieten. Da sah er in dem heißen, dunstigen Zimmer, gebrannt von dem leuchtenden Himmelsfeuer, rot von der Anstrengung seines Trachtens und Dichtens, und draußen pochte der laue, belebende Atem mit duftigen Zweigen an und konnte ihn doch nicht aufwecken. Johannes Gerber war nicht mehr ganz jung. Sein Haar war ihm dünn geworden, und die Sonne machte sich das neckende Vergnügen, an seinem Nackenbart verschiedene weißliche verdächtige Punkte recht hell leuchten zu lassen; dabei war er eher klein als groß, eher dick als schlank und eher häßlich als schön zu nennen. Endlich aber ließ sich auch an ihm bemerken, daß er an verächtlichen gasförmigen Fehlern litt, welche gelehrten Herren häufig eigen sind; denn in seiner linken Hand, während er mit der rechten schrieb, hielt er den Rest einer Zigarre vor sich ausgestrahlt, wie einen Zauberstab, der das Räuberwerk seiner Gedanken in Bewegung setzen sollte, die rechte Hand des Herrn Doktors aber war an Daumen und Zeigefinger schwarz von Tinte in Folge des miserablen Federstumpfes, den er damit festhielt, und welcher immer ein untrügliches Zeichen des wahren Gelehrten ist. Viel längere Zeit, als wir zu unserer Beschreibung nötig hatten, verging, ohne daß etwas anderes die Stille unterbrochen hätte, als der leise Ton der Feder. Zuweilen erherrte sich das Gesicht des Arbeitenden, er lächelte vor sich hin, und seine Augen, die einen launigen, nachdenklichen Ausdruck hatten, belebten sich von einem plötzlich darin

aufleuchtenden Feuer; zuweilen aber wurde er auch wieder ernsthaft. Seine hohe Stirn spannte sich dann an, und seine gutmütigen weichen Züge preßten sich energisch zusammen. In solchen Augenblicken handhabte er sein Schwert noch rascher und tauchte es so stürmisch in den schwarzen ährenden Saft, der soviel Unheil schon über die Welt brachte, daß seine weiße Weste einige Spuren dieser ungelieblichen Begeisterung davontrug. Der Doktor Gerber befand sich nämlich an seinem Schreibtische nicht in dem Zustande, in welchem Gelehrte gewöhnlich die Muse und Grazien empfangen, das heißt, er war nicht in Schlafrock und Pantoffeln, sondern er sah wie ein Mensch aus, der mit anderen Menschen menschlich umgehen will; denn er saß in einem stattlichen, schwarzen Frack, einer Atlasbinde und in der schon genannten weißen Weste.

Eben als die Uhr über dem Schreibtische drei Ionore Schläge tat, welche in dem stillen Zimmer widerhallten, von denen jedoch der Doktor nicht einen Ton vernahm, rauschte draußen etwas an der Schwelle. Einige Minuten später ließ sich ein leises Klopfen hören, weil aber niemand antwortete, öffnete sich die Tür auch ohne Einladung, und eine junge, einfach und häuslich gekleidete Dame trat herein. Ihrem Benehmen nach konnte man glauben, daß sie in einem abhängigen Verhältnis zu dem Gelehrten stehen mußte, denn geduldig und schweigend wartete sie, bis es ihm gefallen möchte, sie zu bemerken. Ihr Gesicht mit glatt anliegenden, braunen Scheiteln gehörte zu den guten und verständigsten, die ein wohlthuendes, vertrauensweckendes Gefühl hervorgerufen, weil alles bestimmt und klar darin ist, und weil Güte und Ernst sich darin verjähmelzen. — Als die junge Dame ein Weibchen vergebens gewartet hatte, klickte sie zu der Uhr hinauf und dann wieder auf den Gelehrten.

Herr Doktor! sagte sie hierauf im leise mahnenden oder warnenden Tone, indem sie zugleich mit einigen Schlüssel klirrte, welche sie in der Hand hielt.

Der Doktor, ohne anzublicken und ohne die Feder aus der Hand zu legen, nickte vor sich hin und antwortete dabei: Nur noch einen kleinen Augenblick, liebe Marie, ich komme sogleich.

Sie müssen aufhören, fuhr die junge Dame fort. Es ist die höchste Zeit!

Die höchste Zeit! rief er erstaunt. Ja wirklich, drei Uhr. Wo ist meine Frau?

Mit der gräßlichen Frau Tante in ihrem Zimmer völlig bereit. Auch Herr von Sternau ist gekommen.

Das ist schön, der wird sie unterhalten, antwortete er unverkennbar freudig. Ich hatte es beinahe vergessen, liebe Marie, daß wir eingeladen sind und fort müssen.

Das ist garnicht galant, Herr Doktor, sagte Fräulein Marie.

Sie haben recht, es ist nicht galant, erwiderte er, aber ich bliebe wirklich lieber bei meiner Arbeit, als daß ich — Er legte die Hand an seine Stirn und fuhr lächelnd fort: Zeno, der alte Stoiker, hat schon gesagt, daß alles sich ersehen und vergüten läßt, alles verlorene Glück und alles Leid, nur die nutzlos verlorene Zeit nicht.

Wollen Sie nicht, ehe Sie gehen, ein wenig an Ihre Finger denken, Herr Doktor, fiel Marie ein, als er aufstand und nach seinem Hut griff.

Meine Finger? O, die sind schwarz! Ich danke Ihnen, beste Marie, Sie sorgen für meinen Ruf. Die Tante würde schon gescholten haben.

Nehmen Sie kölnisches Wasser, sagte die junge Dame. Sie haben gewiß auch geraucht?

Geraucht? Ja wirklich, ich habe geraucht! antwortete er, als wünder er sich darüber. Ich hätte es nicht tun sollen, besonders heute nicht wegen der Gesellschaft bei dem Geheimrat, aber es ist eine alte Gewohnheit, und diese sind ja die stärksten Bande des Lebens. Vielleicht haben diejenigen sogar recht, die da meinen, daß die Gewohnheit des Lebens das Leben allein ertragen lehrt. Nun, wie dem auch sein mag, ich bin bereit. Vielen Dank, liebe Marie! Wollen Sie mich begleiten?

Ich werde zunächst hier ein Fenster öffnen und einige Ordnung schaffen.

Rühren Sie nur kein Buch an, kein Blatt Papier, sagte er besorgt.

Werfen Sie den ganzen Munder ins Feuer! fiel eine scharfe helle Stimme von der Tür her ein, durch deren Spalt ein großer Kopf schaute und lachend nickte und winkte, bis der Eigentümer desselben, ein alter Herr, seinen kleinen mageren Körper hinterher schob.

Oh! rief er, als er drinnen war, da steht er ja, der Stubenhocker; aber alle Wetter! man muß den Hut vor ihm abziehen. Angepußt ist er wie ein Bräutigam und will wohl gar mit der Herzallerliebsten sich an die frische Luft wagen?

Wenn es nur das wäre, bester Onkel, erwiderte der Doktor lächelnd, indem er dem alten Herrn die Hand reichte, aber ich soll doch in eine große Mittagsgesellschaft gefahren werden.

Gehorsamer Diener! rief der alte Herr, da streiche ich meine Segel und mache links um. Ich wollte einmal wissen, ob Ihr denn noch am Leben seid, wollte Euch mitnehmen, wenn's so wäre, in meinen Garten. Es sind meiner Treue volle vier Wochen hingegangenen, seit ich keinen mehr bei mir bliden ließ.

hier, bestimmen durch das unfehlbare Mittel gemeinschaftlicher Direktoren oder zweckmäßig kombinierter Direktorien die Geschäftspolitik von 134 Korporationen, deren Gesamtkapital die Kleinigkeit von 25 Millionen und 325 Millionen Dollar beträgt!! Von diesen 18 Gesellschaften bilden vier zusammen mit der Firma J. P. Morgan & Comp. das eigentliche „Morgan-System“, das heißt, die Gruppe der direkt durch den Finanzmagaten beherrschten Banken. Es sind dies die Guaranty Trust Comp., die Bankers' Trust Comp., die First National Bank und die National City Bank, sämtlich in Newyork. In diesem Falle beträgt die Gesamtkapitalisation 22 245 000 000 Pfg. Sterling!!! Das ist — um diese Ziffern dem Vorstellungsvermögen näherzubringen — das 22fache der Staatseinkünfte der Union und immerhin ein Vielfaches der Staatseinnahmen aller Mächte des „europäischen Konzerts“ zusammengenommen! Die Morgan-Banken allein sind mit 112 finanziellen und industriellen Gesellschaften auf die beschriebene Weise verflochten. Daß dieser beinahe unvorstellbare Finanz-Oktopus — mittels der Beherrschung des Kreditmarkts — auch alle großen Industrien und die gesamte Volkswirtschaft unter seine Botmäßigkeit zwingt, unterliegt gar keinem Zweifel. Der Konflikt zwischen Demokratie und Plutokratie rückt in greifbare Nähe — die historische Stunde des Sozialismus naht!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 8. Januar.

55. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Waderzapp.
Präsident Dr. Kämpf wünscht den Abgeordneten ein gesegnetes neues Jahr und ersprieglischen Erfolg der gemeinschaftlichen Arbeit. (Beifall.) Am 30. Dezember ist der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Kiderlen-Wächter, gestorben (das Haus erhebt sich), der 2 1/2 Jahre lang unter schwierigen Verhältnissen das Auswärtige Amt geleitet und dem Vaterlande große Dienste geleistet hat. Ich habe der Schwester des Verstorbenen das herzlichste Beileid des Reichstags übermittelt und an seiner Bahre einen Kranz niederlegen lassen.

Das Haus lehnt die Erteilung der Genehmigung zur Einleitung eines Privatbeleidigungsprozesses gegen den Abg. Scherzmann (Bauernbund) ab.

Es folgt die Beratung folgender sozialdemokratischer Interpellation über den Wagenmangel: „Was gedenkt der Reichskanzler als verantwortlicher Leiter des Reichseisenbahnwesens zu tun, um gemäß Artikel 41 der Reichsverfassung dafür Sorge zu tragen, daß die preussischen Staatseisenbahnen so mit Betriebsmitteln ausgerüstet werden, wie das Verkehrsbedürfnis es erfordert.“

Abg. König (Soz.) begründet die Interpellation: Der Antrag zu unserer Interpellation ist nicht begründet, denn nach dem von Reichskanzler Reichert dem Reichstag im Januar 1912 geäußerten Stande der Eisenbahnen im Reich ist die Frage der Eisenbahnverwaltung nicht nur vor dem Reichstag, sondern auch vor dem preussischen Landtag. Die dort abgegebenen Erklärungen der Regierung konnten Industrie und Arbeiter nicht befriedigen. Die Organe der Industrie haben ja auch die Regierung wegen dieser Anschauung heftig angegriffen, die sich übrigens auch in Schlägen, Tritten und Schlag-Vorwürfen äußert. Ich habe mich bemüht, die Eisenbahnverwaltung in nachteiligster Weise zu beeinflussen. 1911 hat Präsident Schulz vom Reichseisenbahnamt die Berechtigung des Reichstages, Resolutionen über den Zustand der Eisenbahnen in den Bundesstaaten zu fassen, vollkommen anerkannt. Die Zahl der Wagen, die auf Anforderungen der Industrie nicht gestellt werden, hat im Jahre 1912 und zwar in 4 Monaten 600 000 erreicht. (Hört, hört! links) davon entfielen 95 % auf das Ruhrgebiet. Häufig wurden auch die Wagen zu spät geliefert, was alles Verfrachtung und Löhne der Arbeiter in nachteiligster Weise beeinflusst hat. Der preussische Eisenbahnminister kam ja auch ins Ruhrgebiet und da wurde von den Industriellen mit ihm beinahe in dem Ton geredet, den sie sonst ihren Arbeitern gegenüber anzuhängen gewohnt sind. (Sehr gut! h. d. Soz.) Die Zustände waren aber auch miserabel. Alle Arbeiter im Ruhrgebiet waren voller Gittergasse, die auch zur Erreichung nahe gelegener Ziele unglücklich lange Zeit benötigten. Die Verkehrsverhältnisse für das linksrheinische Gebiet hatte eine gewaltige Rückstauung ins Ruhrgebiet zur Folge. Der Personenverkehr wurde ebenfalls

in Mitleidenschaft gezogen, und dabei sind doch die Verkehrsrichtungen und Bahnhöfe des Industriegebiets ohnehin schon höchst unzureichend. Notwendige Erweiterungen unterbleiben, so z. B. in Düsseldorf, wo man den erforderlichen Grund dem Millionär Stinnes anheim fallen ließ, der jetzt 16 Millionen dafür verlangt. (Hört, hört! h. d. Soz.) Die bürgerliche Presse des Ruhrreviers beklagt sich, daß sogar die Wartefälle erster Klasse häufig so aussehen, als wären sie fünfter Klasse. Auf manchen Stationen bleiben die Wartefälle 1. und 2. Klasse für einige benachbarte Junkerfamilien reserviert und für alle anderen geschlossen. (Hört, hört! links.) Der Redner bespricht dann die Erschöpfung der Kohlenvorräte der Privatindustrie und selbst der Eisenbahnen, wodurch Tausende Arbeiter und Angestellte infolge von Betriebsstörungen geschädigt wurden. Die Verluste von Hunderttausenden Bergarbeitern durch die Zwangsfeierlichkeiten gingen aber in die Millionen. Auch die Staatsgruben waren zu Feierlichkeiten genötigt, so daß der Vorwurf, als ob die Eisenbahnverwaltung die Staatsgruben begünstigt hätte, nicht zutreffend zu sein scheint. Das Weihnachtsfest war für den Bergarbeiter kein Freudenfest, viele waren froh gewesen, wenn sie ihren Familien nur etwas Fleisch hätten verschaffen können. Die Kapitalisten freilich benutzten den Kohlenmangel, um die Kohlenpreise zu steigern. Man spricht von einer Entschädigung der in staatlichen Gruben Beschäftigten für die Feierlichkeiten, da sollte man auch den Bergleuten Schadloshaltung durch das Grubenkapital zubilligen. Wenn die Industriellen übrigens aus der Kalamität Argumente gegen den Staatsbetrieb ableiten wollen, so frage ich, ob denn in der Privatindustrie immer alles tadellos klappt. Die Gratifikationen müssen unbedingt allen Eisenbahnern zukommen, die an der kolossalen Heberarbeit teilnehmen mußten. Eine Prämienwirtschaft darf hier nicht einreichen. Auf manche der geplagten Beamten kommen übrigens lächerlich geringe Beträge. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Hat man wirklich die Wagen für den Mobilisierungsfall zurückgehalten? (Hört, hört! links.) Anstatt den Ausgleichsfonds der Staatsbahnen so kolossal zu stärken, sollte man lieber die Eisenbahnen und insbesondere die Wasserstraßen ausbauen. Heute müssen die Eisenbahnbesitzer dazu dienen, die direkten Steuern der Besitzenden niedrig zu erhalten. Mithin ist diese Wirtschaft ist auch die Reichsregierung, die ihr Aufsichtsrecht nicht ausübt. Vom Dreiklassenhaus ist Hilfe nicht zu erwarten; erst wenn das preussische Volk das allgemeine gleiche, direkte und geheime Landtagswahlrecht erkämpft haben wird, wird es auch mit der Wirtschaftspolitik der preussischen Staatsbahnen besser werden und sie wird betrieben werden müssen im Interesse des gesamten Volks. (Beifall, Beifall h. d. Soz.)

Präsident des Reichseisenbahnamtes Waderzapp: Diese im wesentlichen innerpreussische Angelegenheit, insbesondere auch die Lohnausfälle, sind vom Preussischen Landtag eingehend besprochen worden. Ich kann das nur insoweit tun, als nötig ist, um zu prüfen, ob ein Anlaß zum Eingreifen des Reiches gegeben war. Der Redner gibt die aus den wiederholten Ministerreden bereits bekannte Darstellung über den Umfang der Wagennot im Ruhrrevier, die dagegen ergriffenen dienstlichen Maßnahmen und bestrittet, daß Personalmangel daran schuld sei. Die Verkehrssteigerung geht ständig aufwärts, wenn auch in einer Wellenlinie, und die preussische Eisenbahnverwaltung hat Vorkehrungen getroffen, daß der normal zu erwartenden Verkehrssteigerung Rechnung getragen werde. Daß die Verkehrssteigerung plötzlich so außerordentlich sein wurde, konnte nicht vorhergesehen werden. Für das Reichseisenbahnamt lag also keine Veranlassung zu irgend einem Eingreifen vor. Abriens hat der preussische Eisenbahnminister versprochen, in Rücksicht auf die Erfahrungen von 1912 Maßnahmen zu treffen, um in Zukunft noch größere Verkehrssteigerungen bewältigen zu können. Wir können also ruhig in die Zukunft sehen.

Auf Antrag des Abg. Haase (Soz.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Dr. Bell (Z.) nimmt das Dreiklassenhaus gegen die ungerechtfertigten Angriffe des Abg. König in Schutz, denn jenes Haus habe alle Erforderliche in der Angelegenheit getan. Die Verkehrssteigerung war von der Industrie sehr wohl vorausgesehen. Der Redner fordert Trennung des Personenverkehrs vom Güterverkehr.

Schwaabach (N.) beschäftigt sich mit den Ursachen der Kalamität, um daraus die Möglichkeit zur Abhilfe abzuleiten, die Staatsbahnen sollen kein bloßes Erwerbsunternehmen sein, sondern sind eine der wichtigsten Faktoren im gesamten Volksleben. Sie müssen deshalb unter steter Berücksichtigung der Interessen aller Berufsstände geleitet werden.

Graf v. Kanitz (K.): Wir bedauern den Wagenmangel und seine Folgen sehr, aber es ist doch im Landtag genug

darüber geredet worden. Kein Staat der Welt hat so gut ausgerüstete Eisenbahnen wie Preußen! Könnte man nicht die Eisenbahnen etwas mehr durch Transport der Güter auf dem Wasserweg, auch über Dortmund-Ems-Kanal, Nordsee-Kaiser-Wilhelm-Kanal entlasten? Durch die jetzigen Kohlenfrachttarife ist der Verkehr zur Nordsee auf dem Dortmund-Ems-Kanal, der doch für diesen Verkehr gebaut ist, nur vermindert worden.

Dove (Sp.): Anstatt daß das Reichseisenbahnamt sein Aufsichtsrecht ausübt, um solche durch mangelnde Voraussetzung der Eisenbahnverwaltung mitverschuldeten Zustände zu vermeiden, erklärt es, nur der niederträchtige Verkehr sei daran schuld. (Heiterkeit.) Schon 1869 forderte der Reichstag ein Reichseisenbahngesetz, das entsprechend der Reichsverfassung die Rechte des Reichseisenbahnamtes präzisiert. Aber wir haben es heute noch nicht. Statt daß das Reichseisenbahnamt hier als Vertreter der preussischen Verwaltung auftritt, sollte es sich beim Reichstag die Unterstützung holen, um dem preussischen Verkehrsstatismus entgegenzutreten. (Beifall, Beifall links.)

Sofinski (Po) bespricht den Wagenmangel in Oberschlesien, wirft der Reichsregierung Unterlassung der Einflussnahme auf den preussischen Fiskus vor, und schildert die Erregung unter der Arbeiterschaft wegen der Lohnverluste.

Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Besprechung, Wahlprüfungen, kleine Vorlagen.)
Schluß 6 1/2 Uhr.

Parteitag der preussischen Sozialdemokratie.

Der dritte und letzte Verhandlungstag wurde noch ausgefüllt durch die Wahlrechtsfrage. Die Diskussion setzte gleich zu Beginn sehr lebhaft mit längeren Ausführungen des Gen. Uboldt Hoffmann ein, der sich gegen die Magdeburger Resolution und gegen Bernstein und Landsberg wendete. In gleich entschiedener Weise sprachen die Gen. Karl Liebknecht und Leinert gegen die Anschauungen Bernsteins und der Magdeburger Genossen. Beide erließen den Parteitag, die Resolution der Landeskommision einmütig anzunehmen. Von dem Gen. Schieber-Buchum wird die etwas abweichende Meinung des Hochmeyer Volksblattes verteidigt und in Schutz genommen. Gen. Bernstein legt dann eine längere Kompromißresolution vor, die unter Anlehnung an die Resolution der Landeskommision doch seine eigene und die Auffassung der Magdeburger Genossen in möglichst weitgehendem Maße berücksichtigen soll. Bernstein begründet die Resolution, Ströbel wendet sich scharf gegen dieselbe. Nachdem vorher schon ein Schlußantrag angenommen war, wird gegen 11 Uhr die Debatte endlich auf Antrag geschlossen.

In seinem Schlußwort polemisiert zunächst Gen. Hirsch gegen die „Freisinnige Zeitung“, die ihn wegen seines Referats zur Wahlrechtsfrage angegriffen hat. Nach dem Schlußwort des Gen. Hirsch zieht Gen. Bernstein seine Kompromißresolution mit der Motivierung zurück, daß das Schlußwort des Gen. Hirsch ihm die Gemüthsruhe gegeben habe, beide Anschauungen gingen nicht so weit auseinander. Ohne weitere Motivierung werden die Anträge der Genossen von Breslau und Königsberg gleichfalls zurückgezogen. Endlich ziehen auch die Magdeburger Genossen ihre Resolution mit der Begründung zurück, die Ausführungen des Gen. Hirsch hätten gezeigt, daß zwischen den Anschauungen der Magdeburger Genossen und den Auffassungen des Gen. Hirsch und der Landeskommision kein Unterschied bestehe. Diese Erklärung der Magdeburger Genossen rief allgemeine Beifälligkeit hervor und der Gen. Hirsch gab die Erklärung ab, daß er und die Landeskommision keinesfalls sich auf den Standpunkt der Magdeburger stellen; wenn die Magdeburger sich auf den Standpunkt der Landeskommision erklärt haben, sei nichts dagegen einzuwenden. Nach dieser Bemerkung führte der Vertreter der Magdeburger, Gen. Kühns unter stürmischer Beifälligkeit aus, die Magdeburger seien doch der gleichen Meinung des Gen. Hirsch. Daraufhin wird die Resolution zunächst in ihren einzelnen Absätzen und darauf in der Gesamtabstimmung einstimmig angenommen.

Das vorgelegene Referat des Gen. Leinert über die Sozialpolitik im preussischen Landtage wird von der Tagesordnung abgesetzt, im Hinblick darauf, daß demnächst das Handbuch für preussische Wähler und auch eine Broschüre erscheint, in der die Sozialpolitik im preussischen Landtage behandelt wird. — Eine vom Gen. Kahrenstein begründete Resolution, in der unsere bekannten Forderungen zur Polen-

Der Doktor war in Verlegenheit, er wußte nicht recht, was er antworten sollte, aber er behielt auch keine Zeit dazu, denn der alte Herr fuhr in seiner lebhaften Dringlichkeit fort: Es ist freilich ein weiter Weg zur Dis. Johannes, bei Deinen Jahren und Deiner Hüftigkeit. Eine richtige halbe Stunde vom Tor ab, bis wo die letzten Häuser stehen. Oh! Aber es gab einmal eine Zeit, wo es ihm nichts ausmachte, alle Tage hinaus zu laufen, doch jetzt — jetzt meint er, so ein junger frischer Bursch, wie ich bin, kann bald hereinlaufen und nachfragen, wie der würdige Greis und die ganze weise Familie sich befinden.

Der Herr Doktor bedarf keinen Rat, den er wieder auflegte, und ließ ihm beiden Hände auf die Eisenstange seines spanischen Stuhles. Hochtrugt wie er war, sein Kopf ganz weiß und die brennenden Augenbrauen wie Silber glänzend, leuchteten die hellblauen Augen darunter voll jugendlicher Lebendigkeit. Der kleine magere Herr war in einem braunen Kittel mit ledernen Knöpfen und breiten Schößen, alle diese Bewegungen bewegten, daß er eine eben so ungewöhnliche Lebenskraft besaß, wie die frischen, schwarzen Züge seines Gesichts harte Kontur und gute Gesundheit ausstrahlte.

„Ja, was es mir gefallen sollte, sagte der Doktor jenseitig, wenn ich es später werde, aber ich bin bei einer notwendigen Arbeit, die mich seit längerer Zeit beschäftigt, und dann — ich will auch eher in Gesellschaft, die viel Zeit kostet.“

„Das ist wohl nicht der alte Herr, da wußt er heraus aus seinen vier Händen. Aber was sprechst Du denn so wichtiges und schallendes, daß keine Stunde für den alten Onkel vergeht?“

„Ich spreche an einer Verbindung über die Hand und den Fußgänger auf Verleumdung und Verleumdung zu vermeiden.“

Ein helles Gelächern war die erste Antwort des alten Herrn. Seine hellblauen Augen betrachteten den Gelehrten mit verständiger Zerknirschung. Du sprichst über das Recht, und wie es ausgeht werden soll! Ich erlaube mir nicht, mit seiner hochtrabenden Sprache. Der Herr, der Schwärzler, was weißt er denn, was es keine Politik aussieht, was das nötig hat, wo der Herr es nicht? „O! Ihr Herren von Schriftstücken geht doch her mit euren gelehrten Feigen, das kleine Hand von Helms hat. Ich habe Finger davon, Johannes, Du bringst doch nichts Gutes heraus. Hier für das Wort eines von mir, was es mir alles Dinge kennen, und das geht mich, als in den Büchern steht oder was die Wissenschaftler den ganzen Tag aussprechen. Hast Du ein Recht geworben, oder ein Spruch, wie Dein Vater einer war, so

wollte ich sagen, es könnte sich machen; hast aber den gescheiterten Gedanken niemals fassen können, hast statt mit Menschen Dich mit Buchstaben und allerlei altem Gerümpel abgegeben, darum hat auch kein Mann aus Dir werden können, der mit Menschen umzugehen und mit ihnen fertig zu werden weiß.“

Aber mein Himmel! was lassen Sie uns warten, rief bei den letzten Worten des alten Herrn eine fatidische Dame hinter ihm, und mit einem Schwung auf dem Absatz wandte er sich um und machte eine tiefe Verbeugung. — Es war eine große, stolzstehende Frau im prächtigen Fug; hinter ihr stand eine jüngere und schönere, neben der ein Haar mit lockigem Haar und einnehmendem Gesicht den Hut auf den Arm gelegt hatte und sich damit beschäftigte, die engen gelben Handschuhe auf seine schmalen Hände zu streifen.

Die gnädige Frau Tante, so wahr ich lebe! sagte der alte Herr, und hinter ihr die Frau Doktorin, wie die Sonne hinter den Wolken — komm herein. Emma, mein Töchterchen; laß Dich beschauen, gib dem alten Onkel Dein Patzchen und rimm Deinen Mann in Schutz um meinetwegen. Denn ich habe ihn solange aufgeschoben, um ihm zu beweisen, daß er kein richtiger Mann ist und auch keiner sein kann.

Aber warum denn nicht, besser Onkel, erwiderte sie langsam, indem sie seine Wünsche erfüllte. Johannes ist lieb und gut und wird alle Tage noch besser.

Darin liegt's! fiel er ein. Es ist immer verdächtig, wenn ein Mann von seiner Frau so sehr gelobt wird. Ein Mann muß immer etwas vom Tyrannen haben, und jede Frau muß etwas von dem Joche fühlen, das er auf ihren Nacken gelegt hat.

Ausgezeichnete Grundzüge hat der Herr Stadtrat! rief die Tante; nur schade, daß wir nicht mehr davon hören können.

Ja schade, daß Sie eben heute kommen, besser Papa, wo wir fort müssen, sagte die junge Frau hinzu. Es trifft sich ungünstig.

Gnädig ist es sich, mein Emma, glücklich verzeihe er. Ich sehe Dich so prächtig geschmückt und allezeit anzusehen, daß mir das Herz dabei ganz warm wird. Wo soll es denn hingehen, wenn man fragen darf?

Wir sind zu unserem Cousin, dem Eheintat von Köller eingeladen, erwiderte die Tante statt ihrer. Wir werden aber zu spät kommen.

Und es ist unangenehm, wenn die Suppe kalt wird, sagte der alte Herr, obwohl es Gerichte gibt, die sein können wie sie wollen, sie können doch nicht.

Sehr wahr, lieber Herr Stadtrat, antwortete die stolze große Dame, es bleibt vieles in dieser Welt unverdaulich.

So möchte ich den allerbesten Appetit und einen guten Magen, sprach er dagegen. Ein guter Magen, Johannes, ist das Haupterfordernis für alle menschliche Glückseligkeit, also auch für eine glückliche Ehe. Adieu, mein Töchterchen. Treib den Johannes an, daß ein Tyrann aus ihm wird, und laß es Dir gut bekommen.

Mit solchen Scherzen begleitete er zum unverkennbaren Argernis der gnädigen Tante die Scheidenden bis an die Tür und rief ihnen von dort aus noch einschlägige Abschiedsworte nach. Erst nach einiger Zeit kehrte er zurück, frückte die Hände auf seinen Stock und lachte mit solcher Schallheit, Fräulein Marie an, als wollte er sie einladen, ihm dabei zu helfen.

Aber die junge Dame blieb davon unberührt. Sie öffnete die Fenster, schloß die Bücherregale, rückte die Stühle und stellte die Geräte an ihren Platz.

Der alte Herr sah eine Zeitlang vergnügt zu, endlich aber rief er mit ausbrechender Lustigkeit: Sie werden dem Stubenhocker gehörig die Leuten lesen. Die gnädige Tante sah ganz danach aus, und Emma hat, wie es mir scheint, schon ganz artige Fortschritte bei ihr gemacht. Aber es geschieht ihm recht! Es ist eine komische Welt, hehe! — Wenn er seinen Gänsfel in der Hand hat, tritt er wie ein Löwe auf und fürchtet sich vor keinem, mag er heißen wie er will, aber vor einem Unterrod duckt er sich. Er arbeitet also wieder viel, Fräulein Marie. Sitzt bei seinen Büchern statt bei der jungen Frau? heh!

Der Herr Doktor ist immer fleißig, erwiderte sie. Das gefällt mir garnicht, sagte der alte Herr. Als ich ihn dahin brachte, daß er heiratete, habe ich bessere Früchte davon erwartet.

Der Herr Doktor besitzt große Herzengüte, meinte nun Marie.

Schwach ist er, juchsam ist er! rief der alte Herr. Er magt es nicht, dreißt anzutreten und herzhast um sich zu schauen. Sehen Sie, Fräulein Marie, das eben, glaubte ich, würde Emma ihm abgewöhnen. Vor zwei Jahren, als er sie geheiratet hatte, ging auch alles gut, und es ging eigentlich gut bis zum letzten Herbst, wo die Frau Tante Majorin ins Haus kam. Was meinen Sie?

Die Frau Majorin ist eine Dame von sehr vielen Erfahrungen.

(Fortsetzung folgt.)

frage enthalten sind, fand Annahme. — Ebenfalls angenommen wurde dann zur Fleischsteuerung eine Resolution, in der gefordert wird, daß die Reichsregierung die kleinen Erleichterungen, die zum Zwecke der wohlfeilen Ernährung der Bevölkerung eingeführt sind, solange weiter bestehen läßt, bis bessere und dauernde gesetzliche Maßnahmen getroffen worden sind.

Mit einem kräftigen Schlusswort des Gen. Ernst wurde gegen 1 Uhr mittags der preußische Parteitag geschlossen.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streit im Berliner Glaserlegergewerbe wird uns noch berichtet: Der im Jahre 1910 für das Glaserlegergewerbe abgeschlossene Tarifvertrag lief mit Ende des Jahres 1912 ab. In der Absicht, den Tarifvertrag auf der alten Grundlage mit einigen redaktionellen Änderungen wieder zustande zu bringen, wurden der Unternehmerorganisation die Forderungen der Arbeiter mit dem Wunsche, den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend eine Lohnerhöhung zu bewilligen, am 6. November 1912 zugestellt. Die Verhandlungen am 10. Dezember 1912 scheiterten an dem Widerstand der Unternehmer, irgend eine Lohnerhöhung zu gewähren. Nach vor Ablauf des alten Vertrages unterbreiteten die Unternehmer hierauf den einzelnen Glaserlegern und Hilfsarbeitern eine Arbeitsordnung zur Unterzeichnung, die gegenüber dem alten Vertrage grundlegende Verschlechterungen aufwies. Eine gemeinsame Mitgliederversammlung der drei am Vertrage beteiligten Organisationen (Freie Vereinigung, Deutscher Bauarbeiterverband und christlicher Bauarbeiterverband) beschloß am 5. Januar 1913 mit dem Vorgehen der Unternehmerorganisation. Nach eingehender Darstellung der gegenwärtigen Situation wurde ohne Diskussion folgende Resolution mit 435 gegen 15 Stimmen angenommen: „Die gemeinsame Mitgliederversammlung der Glaserlegerorganisationen Berlins um Umgebung erklärt sich mit dem Verhalten ihrer Kommission bei den Verhandlungen am 10. Dezember 1912 einverstanden und steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ohne Erhöhung der Stundenlöhne an den Abschluß eines Tarifvertrages nicht zu denken ist. Die Versammlung erklärt, unter keinen Umständen einseitige von den Unternehmern herausgegebene Arbeitsordnungen anzuerkennen. Zur Abwehr verschlechterter Arbeitsbedingungen sehen sich die Versammelten gezwungen, die Arbeit überall so lange ruhen zu lassen, bis dieselben von den Unternehmern zurückgezogen sind und der Verband der Glaserlegern sich bereit erklärt, auf der Grundlage unserer am 6. November 1912 zugestellten Forderungen zu verhandeln. Geschlossen, wie die Versammelten in die Abwehr eintreten, kann die Arbeit auch nur durch Kommissionsbeschlüsse wieder aufgenommen werden.“ Dieser Beschlüsse ist von den Glaserlegern und Hilfsarbeitern in vollem Umfange durchgeführt worden. Es haben sich bisher 451 Glaserleger und 146 Hilfsarbeiter zur Streikfront gemeldet. Es wird darauf verwiesen, daß alle jetzt noch arbeitenden Glaserleger oder Hilfsarbeiter als Arbeitswillige tätig sind.

Zur Aussperrung in der Mendener Metallindustrie. Der Regierungspräsident von Arnberg war bereit, dem telegraphischen Ersuchen des christlichen Bezirksleiters nachzukommen und zwischen der Firma Schmole & Co. und den Aussperrten und Streikenden zu verhandeln. Es ist jedoch nicht dazu gekommen, da die Firma Schmole & Co. von Verhandlungen nichts wissen wollte.

Maßregelungen im frommen Revellier. Der Gebetbuchfabrikant J. L. Thun in Revellier hat Mitglieder des christlichen graphischen Verbandes gemahnt, weil nach seiner Meinung in Revellier eine Organisation nicht notwendig sei und er, Thun, niemals mit einer Arbeiterorganisation über Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandeln würde. Die Löhne in Revellier sind die miserabelsten im ganzen deutschen Buchbindergewerbe. Auf die Maßregelung ihrer Kollegen hin haben alle übrigen Arbeiter Thuns die Kündigung eingereicht und Thun wird versuchen, seine Arbeiten bei anderen Firmen herstellen zu lassen. Der christliche Verband hat daher den Buchbinderverband ersucht, seine Mitglieder von dem Konflikt in Kenntnis zu setzen, was hiermit geschieht mit der Warnung, keine Arbeit bei der Firma Thun anzunehmen und Streikarbeit zu verweigern. — Es ist nicht das erste Mal, daß die Verfasser frommer Letztere ihren christlichen Arbeitern das Koalitionsrecht rauben wollen. Vor einigen Jahren war es in Revellier die Firma Huxon & Berger, Verleger des heiligen Apostolischen Stuhles (des Papstes), der es leider gelang, die christliche Zahlstelle mit Stumpf und Stiel auszurotten. Wann werden auch die christlichen Arbeiter einsehen, daß nur eine geschlossene Organisation aller Arbeiter solchen Herrengeklüften entgegenzutreten vermag?

Soziales.

Kapitalabfindung bei Unfallrenten. Der Bundesrat hat über die Berechnung des Kapitalwertes bei Abfindungen für Unfallrenten auf Grund der Reichsversicherungsordnung Bestimmung getroffen. Danach ist, wenn die Abfindung im Laufe eines Jahres vom Unfalltage an gerechnet erfolgt, das Vierfache der Jahresrente zu zahlen. Erfolgt die Abfindung später, so richtet sich das Abfindungskapital nach dem inzwischen erreichten Alter des Verletzten und der seit dem Unfalltage verstrichenen Zeit.

Kommunales.

Sinnesgegraut. Parteihäß der Nationalliberalen und Christlich-Sozialen hat den bisherigen Hagener Oberbürgermeister Cuno, dessen 12jährige Amtsdauer abgelaufen war, gestürzt. Am 7. Januar d. Jz. die Neuwahl vorgenommen werden sollte, wurde mit 21 gegen 16 Stimmen die Ausschreibung abgelehnt. Daraufhin verließ die Minderheit den Sitzungssaal. Mit 22 Stimmen wurde nun Cuno gewählt. Die 6 Sozialdemokraten stimmten für ihn. Cuno ließ der Stadtverordnetenversammlung mitteilen, daß er die Annahme der Wahl ablehne und in den Ruhestand zu treten wünsche.

Aus dem Gerichtssaal.

„In der Ewigkeit“ geboren und verhungert. In traurige Familienverhältnisse leuchtete eine Verhandlung vor der Strafkammer in Stolp i. P. Ein 17jähriges Mädchen und ihre Mutter B. waren angeklagt, den Tod des von der ersten geborenen Kindes durch Verhungern herbeigeführt zu haben. Die Vernehmung ergab, daß das Kind einem Verhältnis des Mädchens mit einem verheirateten Arbeiter entsprossen war. Es wurde im Armenhause genannt „In der Ewigkeit“ geboren. In der Stube wohnten neun Personen, darunter waren zwei Schwerkranker, in der Hinterstube schliefen sieben Personen, die durch das Vorderzimmer gehen mußten. Das Kind wollte die Brust nicht nehmen. Es wurde mit Suderwasser „ernährt“. Milch konnte

ten die Leute nicht kaufen. Als dann Milch beschafft wurde, war es zu spät. Das Kind starb nach zwei Monaten. Die Mutter tat alles, um das Kind zu retten. Vergeblich wandte sie sich an den Vater des Kindes, an die Gerichte und an den Vormund, der sich um das Kind nicht kümmerte. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde die Leiche des Kindes geöffnet. Sie war ein Skelett mit Haut überzogen, jede Muskel fehlte, der Darm gleich gefaltetem Papier, es war keine Spur von Nahrung zu entdecken. Die Mutter erhielt fünf Monate und die Großmutter des Kindes drei Monate Gefängnis. — Die Hauptschuldigen kamen mit ein paar vorwurfsvollen Worten des Staatsanwalts davon und man wird sie nach wie vor als Stützen der Gesellschaft achten, während das arme Mädchen im Gefängnis über die Gerechtigkeit nachdenken kann.

Ungeglücktes von einem deutschen Kasernenhof. Wie ein unbescholtener deutscher Vaterlandsverteidiger mir nichts dir nichts zu einer Freiheitsstrafe kommen kann, zeigt folgender Fall, den wir dem Braunschweiger „Volksfreund“ entnehmen: „Wegen Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft war der Eisar Otto Bötcher von der 4. Schwadron des heiligen Gularen-Regiments vom Standgericht zu 14 Tagen strengem Arrest verurteilt. Bötcher war am 17. November mit einigen Kameraden mit Dunausladen beschäftigt. Als er versehentlich von einem Kameraden eine Gabel voll Dung über die Mütze bekam, fragte ihn der aufsichtführende Unteroffizier, ob er sich das gefallen lassen wollte. Der Angeklagte fragte darauf den Unteroffizier: Er wolle sich wohl mit ihm unterhalten? Und als der Unteroffizier ihn zur Rede stellte, wie er zu solcher Antwort komme, erwiderte Bötcher: Herr Unteroffizier, ich bin heute nicht zu sprechen. Gegen das Urteil war sowohl vom Angeklagten wie vom Gerichtsherrn Berufung eingelegt worden. Letzterem erlief die Strafe zu milde (1), da 14 Tage strenger Arrest das Strafminimum für die Verletzung der heiligen Autorität eines Vorgesetzten ist. Das Kriegesgericht verwarf beide Berufungen. Von einer Erhöhung der Strafe wurde abgesehen, da auch der Unteroffizier durch seine Anrede etwas ungeschickt verfahren sei. — Das meinen wir auch. Deshalb hätte überhaupt von einer gerichtlichen Verfolgung der Sache Abstand genommen werden müssen. Wir behaupten: in keinem anderen Heer der Welt wäre diese Bagatelle bestraft worden.“

Aus einer frommen Domäne. Im Kreise Dieburg (Hessen) liegt das sehr fromme katholische Dorf Nieder-Roden. Dieses Dorf ist bekannt und berüchtigt bei unseren Genossen. Ein Pfarrer sitzt dort, der auf alles, was nach Sozialdemokratie riecht, ohne Rücksicht Jagd macht. Besonders im Saalabtreiben ist er Meister. In den Jahren seiner Tätigkeit hat er dort Männer-, Bauern-, Mütter-, Jungfrauen- und Jünglingsvereine gegründet. Selbst die Kinder in der Schule sind schon Abonnenten der Kinderzeitung; diese kostet für jedes Kind nur 2 Pf. die Woche. Daß unsere Genossen dort einen schweren Stand haben, braucht nicht besonders betont zu werden. War es doch in jenem Ort, wo Genosse Ulrich zur letzten Reichstagswahl auf einem Hügelchen zu seinen Wählern sprechen mußte. Auch Genossin Frauenwald aus Berlin mußte auf ihrer vor einigen Jahren stattgefundenen Legationstour von einigen beherzten Männern beschützt werden, um nicht gefesselt zu werden. Nach alle dem sollte man annehmen, daß in Nieder-Roden die Jugend der Sittlichkeit in Reinkultur genützt würde. Dem ist aber nicht so. In jenem Ort lebt eine gar fromme Familie namens Peter Wade. Dieser Mann war stets ein Kämpfer für Ordnung und Recht, für Religion und gute Sitte. Der älteste Sohn dieser Familie studierte als Geistlicher. Peter Wade beschloß auch eine Tochter von 19 Jahren. Während die Mutter ihre ganze freie Zeit in der Kirche oder im Mütterverein zubrachte, trieb der Vater mit der Tochter Blutschande. Dieser Verkehr ist nicht ohne Folgen geblieben. Nun hat der Mann seine Tochter überredet, Selbstmord zu begehen, wenn auch nicht aus Liebe zu ihm, so doch ihres Bruders wegen, damit er sein Studium nicht aufgeben brauche. Das Mädchen, welches in einer Offenbacher Fabrik arbeitete, führte den Plan auch aus. Hätte sich das Mädchen unter den Zug geworfen, in dem es nach Hause fuhr, wäre der Plan als „Unglücksfall“ lächerlich geblieben, so fiel es aber in Nieder-Roden erst aus und warf sich dann unter den nachfolgenden Zug, was bemerkt wurde. Bei der Sektion der Leiche wurde eine Frucht von fünf Monaten festgestellt. Da meldete sich eine Freundin der Verstorbenen, der sie einige Tage zuvor ihr Geheimnis anvertraute, daß der Vater der Schuldige sei. Darauf wurde Peter Wade in Untersuchungshaft abgeführt. Nach anfänglichem Leugnen legte Wade ein Geständnis ab. Die Strafkammer in Darmstadt verurteilte Wade jetzt zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Der Bruder der Toten ist aus seiner bisherigen Lehranstalt verschwunden; wo ihn die Pfaffen hingebacht haben, weiß man im Dorfe noch nicht.

Ein trauriger Fall von Polizeivormundung. Was sich Beamte friedlichen Bürgern gegenüber erlauben, dafür lieferte eine am Montag in Halle stattgehabte Schöffengerichtsverhandlung einen recht klaffenden Beweis. Als am Abend des 18. Oktober v. J. der bisher unbefragte Handelsmann Rudolf Jäsch aus Amsdorf mit seinem einspännigen Wagen ohne Beleuchtung vom Bahnhof Teutschenthal nach seinem Wohnort zurückfuhr, wurde er von dem Gendarmwachmeister Gläser angehalten. Nach Feststellung der Personalkarte hätte der Gendarm den Jäsch fahren lassen müssen; der übereifrige Beamte wollte aber die Wahrnehmung gemacht haben, J. sei betrunken. J. bestritt dies vor Gericht mit aller Entschiedenheit — und begleitete das Gericht auf Schritt und Tritt. J. war mit der Begleitung nicht zufrieden und verbat sich dies deshalb. Als der Fahrer, der dem Gendarm gesagt hatte, er finde seinen Weg allein und werde sich über die lästige Begleitung bei dem Landrat beschweren, vor einem Gasthause in Wansleben hielt, um einmal einzufahren, unterlag der Gendarm ihm dies. Dann ließ der Mann des Gefeches auch noch zu dem Wirt und unterlag diesem, dem J. Bier zu verkaufen. Der Wirt ließ sich einschüchtern und den Gast fahren. Der Gendarm, der viel Zeit zu haben schien, nahm die Begleitung wieder auf, verfuhr in einem zweiten Gasthause, vor dem J. „Halt“ machen wollte, in derselben Weise und ging dann mit ungläubigen Gewaltmaßregeln gegen den Fahrer vor. Er faßte den Mann an, zerrte ihn mit Gewalt zum Gasthause hinaus und versuchte ihn auf den Kutschhof hinauf zu schieben. Der in dieser Weise Behandelte leistete dabei den heftigsten Widerstand, schlug und trat um sich. Darauf ließ der Wachmeister auch noch den Amtsdienner herbeiholen und brachte mit diesem J. unter heftigstem Sträuben in die Haftzelle. Die Folge dieser Behandlung für J. war nun noch eine Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Das Gericht verurteilte jedoch das gewalttätige Vorgehen des Gen-

darmen und sprach J. von der Anklage des Widerstandes frei. Der Gendarm hatte nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes gehandelt und J. durfte sich widerlegen, da der Eingriff in seine persönliche Freiheit ungerechtfertigt war, hieß es in der Urteilsbegründung. Hoffentlich wird nun dem Beamten wegen Beleidigung und Freiheitsberaubung der Prozeß gemacht. Die Mindeststrafe gegen einen Beamten, der eine widerrechtliche Verhaftung vornimmt, beträgt drei Monate Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Sich selbst gerichtet. Im Zimmer des Untersuchungsrichters in Hannover erschloß sich der angebliche Präparator und Kaufmann Walter Bruns, als nach dem Neulot der Vernehmung seine Verhaftung wegen Verbrechen gegen das feindliche Leben sicher war.

Spiele mit einem geladenen Revolver ist wieder einmal unglücklich ausgefallen, diesmal für den leichtsinnigen Schützenhelden. Aus Kassel wird gemeldet: Im benachbarten Niederhessen war ein Student aus Göttingen bei seinen Oheim zu Besuch. In dessen Abwesenheit fand er einen Revolver und legte auf die Tochter des Oheims in der Meinung an, die Waffe sei nicht geladen. Der Schuß ging los, verlegte aber das junge Mädchen nur unbedeutend, während der Schütze, der im letzten Augenblick die Waffe zurückzog, sehr schwer am Kinn und an den Halsmuskeln verletzt wurde und sofort der Göttinger Klinik zugeführt werden mußte. Die Verletzung ist lebensgefährlich.

Folgen der Kriegsspielerei. In Lüdenscheid wurde beim Kriegsspielen ein Schulknabe von einem 12jährigen Kameraden mittels einer Glaubertbüchse in die Brust getroffen. Der Schuß durchbohrte die Lunge. Der Knabe befindet sich in hoffnungslosem Zustande im Krankenhaus.

Räufader Mord auf einem märkischen Gutshof. In dem unweit Briezen gelegenen kleinen Orte Baglow wurden, wie schon kurz mitgeteilt, am Mittwoch früh unter den Trümmern einer niedergebrannten Strohmiete die Leichen eines Mannes und einer Frau gefunden. Es wurde festgestellt, daß es sich um die Leichen eines etwa 18jährigen Mädchens und eines etwa 20 bis 22 Jahre alten Mannes handelte, die beide anscheinend erdrosselt waren. Die Leiche der weiblichen Person hatte noch einen sehr festgeschnürten Strick um den Hals gewunden, bei dem Manne scheint der Strick verbrannt zu sein. Die ärztliche Snaugenschnahme ergab, daß die beiden bereits als Leichen nach der Mietgeleise geschafft worden sein müssen, daß sie also nicht bei den Brande selbst den Tod gefunden haben, sondern daß man sie vorher tötete und die Leichen in die Miete legte, um die Spuren des Doppelmordes zu vermindern. Dann wurde die Strohmiete in Brand gesteckt, damit sie samt den Leichen in Feuer aufgehe. Die weitere Untersuchung ergab, daß gegen 3 1/2 Uhr morgens, also eine halbe Stunde, bevor das Feuer bemerkt wurde, ein Kutscher mit seinem mit zwei Pferden bespannten Wagen, aus der Richtung von Oberbrud kommend, durch Ringenwalde fuhr und auf dem Gut Baglow hinfuhr, wo er Rast machte. Etwa zwanzig Minuten später wurde daselbst Fußwerk von Baglow kommend, wieder gesehen, als es in schnellstem Tempo nach der Richtung Oberbrud zurückfuhr. Der Kutscher, der vermutlich im Einvernehmen mit anderen Komplizen handelte, hat nach der bisherigen Annahme die Leichen der an einem anderen Ort erdrosselten Personen nach Baglow geschafft, dort unter die Strohmiete gelegt und diese dann angezündet. Alle Recherchen nach dem Kutscher und seinen Komplizen sind bisher ergebnislos geblieben. Die weiteren Ermittlungen über die aufgefundenen beiden Leichen haben ergeben, daß es sich um den 54jährigen Steuererheber der Kalisk und seine 16jährige Tochter handelt. Nachdem die Leichen erkannt waren, ging der Ortsvorsteher mit mehreren Leuten zu dem Gehört des Kalisk, fand es aber vollständig leer. Nun trat der Verdacht auf, daß auch seine Frau, seine 5jährige Tochter und das 26jährige Dienstmädchen erdrosselt wurden. Als Mörder kommt ein Dienstknecht des Kalisk in Betracht. In der Nacht zum Mittwoch war er gesehen worden. Nach dem Verleiche der Familie Kalisk gefragt, hatte er angegeben, daß sie auf einer Hochzeit sei, er selbst habe sie zum Bahnhof gefahren. Seitdem ist er verschwunden. Man glaubt, daß er Mörder hatte, die die Familie Kalisk austrauten wollten.

Schweres Autounglück. Das Automobil der Heberlandzentrale Hohenlohe-Dehringen geriet in der Nacht zum Mittwoch in der Nähe von Dehringen auf bisher nicht aufgeklärte Weise vom Wege ab und überschlug sich in voller Fahrt, da der Wagenführer allzu scharf bremste. Der Ingenieur Heinrich kam ums Leben, der Ingenieur Kerger erlitt Verletzungen im Rücken und am Fuß; ein dritter Insasse wurde im Gesicht verletzt.

Wie Vater Staat bezahlt. Die Bezirks-Bauinspektion Konstanz sucht einen jungen Mann für zeichnerische und sonstige Bureauarbeit zu baldigem Eintritt. Gehalt monatlich 50 Mark. In der gleichen Stadt ergäbte kürzlich der Landeskommissar einem verheirateten Russen, der sich naturalisieren lassen wollte, sein Einkommen vor 1600 Mark genüge nicht, um eine fünfköpfige Familie zu ernähren; das Gehalt sei abzulehnen. — Der badische Staat hat also über das Existenzminimum eines Staatsbürgers — je nachdem er Arbeitgeber ist oder Ausländern die Tore öffnen soll — ganz verschiedene Ansichten.

Liebesdrama. In Stuttgart tötete am Mittwoch der 34jährige Schieferdecker Georg Gerhardt seine Geliebte, die 35jährige Verkäuferin Anna Jäbender, durch mehrere Revolverkugeln und verübte darauf Selbstmord.

33 Personen ertrunken. Der Dampfer „Rosocrans“ ein früheres Armeetransportschiff, ist während eines Orkans bei Astoria-Oregon auf die Felsen getrieben worden und zerbröckelt. Von der Besatzung sind 33 Mann ertrunken. Drei Überlebende hängen noch in der Tafelage. Ihre Rettung erscheint unmöglich.

Die Leiden der Spitzbergen-Expedition. Die „B.“ am Mittag“ veröffentlicht ein Funkentelegramm, das der in der Adventbay auf Spitzbergen eingetroffene Kapitän Ritschel von der deutschen arktischen Vorexpedition vor der Adventbay am 7. Januar abgefaßt hat. Das Telegramm lautet: Das Schiff „Derzog Ernst“ der deutschen arktischen Vorexpedition ist in der Treurenbergbay eingetroffen, wo für die am 15. August nördlich der Grobby Inlet im Packeis ausgelegte Salutenexpedition ein Depot errichtet worden war. Die Expedition bestand aus dem Leutnant Schröder-Rang, Kapitänleutnant Sandleben, dem Geologen Wagnr und dem Präparator Schmidt. Bisher fehlen über das Schicksal der Schlitten-Expedition alle Nachrichten. Die Schiffbesatzung verließ am 9. September den Dampfer „Derzog Ernst“, um zu Fuß die Adventbay zu erreichen. Der Botaniker Moese und der Zoologe Petmer trennten sich freiwillig von mir und marschierten nach dem Polheim-Quartier um schneller die Adventbay zu erreichen. Der Ozeanograph Dr. Rüdiger, der Eislotse und andere

Matrosen erreichten die Wüste Bay. Hier mußte Müdigkeit eines erfrorbenen Fußes halber in der Schutzhütte zurückgelassen werden. Mit ihm blieb der Marinemaler Kave zurück. In der Hütte ist reichlich Proviant bis Januar vorhanden. Ich selbst, der Fluttechniker, unser Glötte und ein Matrose gingen weiter südwärts, um eine Hilfsaktion für Kibler ins Werk zu setzen. Infolge der Dunkelheit der Polarnacht und des sehr schlechten Wetters mußten wir bis Mitte Dezember in der Schutzhütte am Kap Betermann unter großen Entbehrungen warten. Am 10. Dezember drang ich allein südwärts nach der Idventhal vor, wo ich mit teilweise erfrorbenen Gliedern am 27. Dezember eintraf. Der Fluttechniker, der Glötte und der Matrose waren zum Schiff zurückgekehrt. Es wird hier eine Hilfsaktion ausgerüstet. Ich selbst werde der erfrorbenen Füße wegen zwei Monate hier liegen müssen. Unser Schiff liegt in der Dreuenbergbahn sicher auf dem Ufer, sodass es im nächsten Sommer unbeschädigt abgeholt werden kann.

Ein nationaler Jugendheld als Mörder. Dem Sächsischen Volksblatt wird über die schreckliche Mordtat des Kaufmannslehrlings Behold in Wlauen, dessen Vater der Lehrling Gade war, noch folgendes berichtet: Was der Behold zu seiner Tat veranlaßte, ist unterdessen auch bekannt geworden. Er war nämlich ein eifriges Mitglied der bürgerlichen Jugendbewegung und bekleidete dort Ehrenposten. U. a. soll er beim Jungdeutschlandbund der beste Schütze gewesen sein und auch die Kassengeschäfte mit erledigt haben. Von den Geldern nun hat er Veruntreuungen begangen, und deshalb ist bei ihm der Wan langsam herangereift, sich auf andere Weise Geld zu beschaffen. Schon vor kurzem fand er ein Portemonnaie mit dem Inhalt von 40 Mk., die er ebenfalls in seinem Interesse verwendete. Außerdem soll er noch ein eifriger Leser der "Nieder-Carrier-Geschichten" gewesen sein. Seine unmenschliche Tat wird der Mörder seiner Jugend wegen nicht mit dem Tod, aber wohl mit einigen Jahren Gefängnis bestraft werden. — In dem Erschlagenen aber verliert die Arbeiterjugend ein treues und gern geliebtes Mitglied, das

seiner Uneigennützigkeit wegen von allen sehr geachtet wurde. Wie aber nun, wenn die Sache umgedreht gewesen wäre und der Täter der Arbeiterjugend angehört hätte? Sicherlich würde da die ganze bürgerliche Gesellschaft mit ihren Behörden ein fürchterliches Geheul über die Verhöhnung der Arbeiterjugend anstimmen. So aber hat man vor der eigenen Tür zu stehen, und wir können nur zu dem Treiben des Jungdeutschlandbundes erklären, daß er damit sehr wirksam die Schundliteratur ergänzt. Daß sich natürlich auch die beiden hiesigen bürgerlichen Blätter in Sensation über den bedauerlichen Vorfall überließen, ist selbstverständlich. In ellenlangen Depeschen berichten sie bis in die kleinsten Details über die Affäre: nur erwähnen sie nichts von der Mitgliedschaft des Täters im Jungdeutschlandbund. Mit der furchtbaren Tat hängt auch eine Anzeige im Sächsischen Volksblatt zusammen, in der der Vorstand der Arbeiterjugend in Wlauen den Tod ihres Mitgliedes, des Kaufmannslehrlings Gade, anzeigt und um zahlreiche Beteiligung bei dessen Bestattung bittet.

Kinderprügel in Preußen und in — Afrika. Man schreibt der "Frankf. Ztg.": Anfang Dezember hat ein Gerichtsurteil festgestellt, daß der Rektor einer Volksschule in Westfalen in zwölf Fällen Kinder mißhandelt hat. Trotzdem hat das Gericht die Beschuldigten wegen formaler Verleumdung verurteilt. Ein königlicher Schulrat führte als Gutachter aus: Schrielen seien auch bei zulässigen Züchtigungen nicht zu umgehen, Ohrfeigen vermerke er aus gesundheitlichen Gründen. Stöße und Risse auf Schulter und Rücken seien ihm in solchem Maße noch nicht vorgekommen, er halte sie nicht für fair, aber auch nicht für direkt unerlaubt, da ein Ministerialerlass Schulter und Rücken für Züchtigungen freigebe. Als ich das in der Zeitung gelesen hatte, fiel mir etwas ein. Ich kramte in meinen Briefen und fand einen aus Windhuf in Deutsch-Südwestafrika: "... die Herero sind furchtbare Wilde. Unter Nachbarfarmer hat nur Herero in seinen Diensten. Es sind große, schlankwachsende Menschen, die gar nicht unheimlich aussehen. Sie haben alle Kinder lieb und können es nicht leiden, wenn diese geschlagen werden. Man hat neulich unter Nachbarfarmer seinen Sohn ein wenig verbauden, ich weiß nicht mehr warum. Darauf erklärten ihm die

Herero, wenn er das noch einmal täte, würden sie aus seinen Diensten treten. Der Farmer lachte und eine Woche drauf kriegte der Junge wieder eine sehr mäßige Prügeln, kaum der Rede wert, weil er die Hühner verjagte. Was geschieht? Alle Herero traten mit einem Schlage aus. Da half kein Zureden, so empört waren diese Leute ..."

Sturmfahrt eines englischen Kreuzers. Der englische Kreuzer "Hatal", der die Leiche des amerikanischen Votenschafters Reids von England nach Neuyork brachte, hat auf seiner Fahrt von England nach Amerika einen furchtbaren Sturm zu bestehen gehabt. Nach der Erzählung der Offiziere hat nicht viel gefehlt, daß das Schiff während eines außerordentlich heftigen Nordweststurmes untergegangen wäre. Der Kreuzer war bei seiner Ankunft in Neuyork kaum noch wiederzuerkennen. Sämtliche Masten waren über Bord gefegt worden. Der Apparat für drahtlose Telegraphie war zerstört worden. Ein Teil der Backbordseite war vollkommen aufgerissen, die Scheinwerfer waren zertrümmert, zwei Geschütze sind verloren gegangen, verschiedene Panzerplatten wurden abgelöst. Aus dem Kielraum des Schiffes mußte eine ungeheure Menge Wasser herausgepumpt werden. — Auch der Hagag-Dampfer "Präsident Lincoln" hatte auf seiner Fahrt von Neuyork nach Plymouth einen furchtbaren Sturm zu überleben. Alles, was nicht nicht- und nagelfest war, ist von den Wellen über Bord geschwemmt worden. Wie der erste Deckoffizier, der seit 27 Jahren zur See fährt, berichtet, ist der vergangene Freitag der schlimmste Tag in seiner ganzen seemannischen Laufbahn gewesen.

Hauseinsturz. Eine große Mauer fiel gestern morgen auf die hintere Seite eines Hauses in der Via del Tritone in Rom, in dem sich mehrere Personen befanden. Ein Teil des Hauses stürzte ein. Bisher wurden 11 Tote und vier Verletzte, darunter ein Schwerverletzter, geborgen. Militär wurde zur Hilfeleistung herangezogen.

Ein Großfeuer in Konstantinopel zerstörte in der Dienstagnacht zahlreiche Häuser im Viertel Mustafa-Pascha.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwabe. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Teuere Zeiten!

100 PUNONNY.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers** Kohlm. Markt 4 10 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.: Lederhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schloßhosen . . . 1.88—5.25
Überziehhosen . . . 1.08—2.85
Zwischenhosen . . . 1.68—3.25
leimene Jacken, Schrage u. gerade, 1.28, Käfen, Hemden, Schlächterjacken, Kniejacken, Malerhosen, erhaltlich billig. Mühen von 30 Bt. bis 1.55 Mk. Horc Lübeck.

Restaurant zum Stadttheater

Küchergrube 24. Heute Ausschank von **ff. Vereinsbock.** 247) Hans Grevesmühl.

Achtung ff. Adlerbock. Neu-Lauerhof.

Heute Donnerstag: **4. Gr. Familienball.** Anfang 8 Uhr. Ende morgens. Um 12 Uhr: Karneval.

Sonntag, den 12. Januar: 1. Gr. Bockbierfest.

Um 9 Uhr: Polonaise-Karneval. 222) Neue Masfifabelle! Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Adlerbock ist vorzüglich!

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

General-Versammlung

am Freitag, dem 10. Januar 1913, im Sprechsaal, Gundeckstr. 41. Tagesordnung: 1. Geschäftsberichterstattung. 2. Bericht. 3. Beschlüsse. 4. Verabschiedung. 224) Der Vorstand.

Achtung! Bauarbeiter-Verbd. Schwartau.

General-Berammlung

am Sonntag, dem 12. Januar, nachm. 4 Uhr, im Sprechsaal, Gundeckstr. 41. Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Beschlüsse. 3. Verabschiedung. 225) Der Vorstand.

Achtung! Lastdielarbeiter! Versammlung

am Freitag, dem 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50—52. Tagesordnung: 1. Bericht der Schlichtungskommission. 2. Beschlüsse. 3. Verabschiedung. 226) Der Vorstand.

NB. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen der Kollegen unbedingt. T. C.

Preußische Lose
Ziehung 1. Klasse 13. und 14. Januar 1913

1/3	1/4	1/2	1/1
5.—	10.—	20.—	40.—

sind bei mir zu haben.
Lübeck, Breite Straße 53, I. Falck, Königl. Lotterie-Einnahmer. Telefon 58.

Hans Köppen
Goldschmied und Graveur
Lübeck
4 Sandstraße 4. 213)

Kartoffeln
prima Magnum bonum:
10 Pfd. 30 Pfg., 50 Pfd. 1.35 Mk.,
100 Pfd. 2.50 Mk.
Johs. Peters, Dornestr. 32a
Genuruf 2168.

Konzerthaus Zauberflöte
Damenkapelle „Juliane“
6 Damen, 1 Herr.
Voranzeige!
Sonntag und Sonntag
Gr. humoristisches Bockbierfest
Kappen u. Lied. gratis. Eintritt frei. 244) Ludwig Kock.

Hansa-Theater
Anfang 8 1/2 Uhr.
Koch nie dagewesen!
Zirkus Liliput
Vother die hervorragend. Spezialitäten. (2-15)
Nach der Vorstellung ab 11 Uhr Kabarett. Neue Künstler.

Stadthallen-theater.
Direktion: G. Feldhufen. 241
Berliner Ensemble-Gastspiel.
Donnerstag, 9. Jan., 8 1/4 Uhr: **Premiere!**
Die Welt ohne Männer.
Schwan in 3 Akten v. Engel u. Hoff. Überall kolossaler Lacherfolg. In Wien allein über 200 mal gespielt. — Unerreichter Beifall. Vorverkauf bei Herrn Friedr. Nagel, Markt 14, und bei Herrn Carl Rob, Kohlm. 21. Ohne Vorverkaufsgelühr.

Neues Stadttheater.
Freitag, den 10. Januar 1913. Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. 96. Brft. B.-Ab. 16. Brft. i. Freitag-Ab. **Neubheit!**

Der gutsitzende Frack.
Komödie von Gabriel Dregely. Mittelpreise. 240
Sonntag, den 11. Januar 1913. Nachm. 8 1/2 Uhr. Ende 5 1/2 Uhr. Außer Abonn. Nachmittagspreise.

Max und Moritz
und: Das große Märchenbuch. Abends 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr. 97. Brft. B.-Ab. 9. Brft. i. Sonntag-Ab. **Neubheit!**
Der fliegende Holländer
Oper von Rich. Wagner. Große Preise.
Senta: Helene Offenberg v. Stadttheater Graz a. Galt. Sonntag, d. 12. „Gta“, Oper v. Lehar. Gta: Gertr. Sawalt v. Op. Z. h. Vbg. Vorl. Anz. Montag, 13. Jan. Gumm. Galtip. d. l. f. Hofopern d. Br. Kaufmann v. Stadt d. Bga. „Nigolito“